

Barbara Nohr

**Experiment Frauenhochschule:
feministisches Reformprojekt
oder geschlechtsspezifische Elitebildung?**

Berlin, November 2000

Manuskripte 8/2000

Barbara Nohr

Experiment Frauenhochschule:
feministisches Reformprojekt
oder geschlechtsspezifische Elitebildung?

ISBN 3-320-02964-9

Inhalt

Einleitung

1. Warum eine Hochschule nur für Frauen?

- 1.1 Ist die Frauenförderung gescheitert?
- 1.2 Frauen in Naturwissenschaft und Technik
- 1.3 Feministische Wissenschaftskritik
- 1.4 Koedukation in der Sackgasse?
- 1.5 Madelaine Albright und Hillary Clinton – leuchtendes Beispiel USA?
- 1.6 Sexualisierte Gewalt gegen Studentinnen: Schnee von gestern?
- 1.7 Fazit

2. Historische Vorläuferinnen in Deutschland

- 2.1 Die Hochschule für das weibliche Geschlecht in Hamburg
- 2.2 Die Hochschule für Frauen in Leipzig
- 2.3 Entwicklung des Frauenstudiums in Deutschland

3. Eine Selbstverständlichkeit? Women Colleges in den USA

- 3.1 Historisches zu den Women Colleges in den USA
- 3.2 Eingeholt durch die Koedukation: Women Colleges in der Krise?
- 3.3 Aktuelle Herausforderungen

4. Die Idee von Frauenhochschulen in Deutschland

- 4.1 *Alle sollen alles wissen* – Eine Sommeruniversität der Frauen
- 4.2 Konzepte und Initiativen seit den 80ern
 - 4.2.1 Das Manifest der Frauen und die Hochschule der Frauen
 - 4.2.2 Die Technische Universität der Frauen Europas
 - 4.2.3 Der Förderverein Virginia Woolf Frauenuniversität
 - 4.2.4 Die internationale Frauenuniversität “Technik und Kultur” (*ifu*)
- 4.3 Kritik

5. Die Frauenhochschule im Kontext emanzipatorischer Hochschulpolitik

- 5.1 Die Gruppenhochschule: ein feministisches Modell?
- 5.2 Die Hochschule als Dienstleistungsbetrieb
- 5.3 Demokratisierung und Chancengleichheit als Eckpfeiler einer feministischen Hochschulpolitik

6. Literatur

Anhang: “*Dem Demokratiedefizit entgegenarbeiten*” – Interview mit zwei Teilnehmerinnen der Internationalen Frauenuniversität (*ifu*) im Rahmen der Expo 2000

Einleitung

“Alle sollen alles wissen.” – Motto der Berliner Sommeruniversität, 1976

“Wir brauchen realistische Chancen für die weibliche Intelligenz von morgen. Die Frauenuniversität soll diese weibliche Elite ausbilden.” – Ayla Neusel, Präsidentin der *ifu*, 1997

Die Diskussion um das Pro und Contra einer Frauenuniversität wird seit einiger Zeit intensiv geführt. Aktueller Anlass ist die Durchführung der Internationalen Frauenuniversität Technik und Kultur (*ifu*) in Hannover, an der mehr als 900 Frauen aus 115 Ländern studiert haben. Bisherige Einschätzungen von Studentinnen und Mitarbeiterinnen lassen eine ambivalente Auswertung erwarten, so z. B. Corinna Genschel und Christine Loew in einem Interview mit der Zeitschrift *Forum Wissenschaft*. Das Interview, erschienen in der *Forum Wissenschaft* 4/2000, findet sich mit freundlicher Genehmigung der Redaktion im Anhang.

Die Auseinandersetzung mit der *ifu* ist bereits im Vorfeld sehr vehement und widersprüchlich geführt worden – auch und vor allem in feministischen Kreisen. Während auf der einen Seite die Durchführung einer Frauenuniversität mit internationalem und interdisziplinärem Anspruch begrüßt wurde, war und bleibt auf der anderen Seite die Struktur des Hochschulmodells sowie deren Anbindung an die Weltausstellung Expo massiv umstritten.

Die vorliegende Studie will folgendes leisten: zunächst werden die Argumente kritisch aufgegriffen, die generell für eine eigenständige Frauenhochschule sprechen. Schließlich ist es noch nicht lange her, dass Frauen vom höheren Bildungssystem ausgeschlossen waren und die Öffnung der Hochschulen und Schulen sowie den koedukativen Unterricht als ihren Erfolg feiern konnten. Frauenhochschulen haben in Deutschland keine Tradition. Oder besser *fast* keine: denn immerhin hat es zwei Versuche gegeben, die im zweiten Kapitel skizziert werden. Im dritten Kapitel stehen die US-amerikanischen Women Colleges im Vordergrund. Keine Debatte zum Thema Frauenhochschule, in der nicht auf den vermeintlichen Zusammenhang von Erfolg und Studium an einem Women College der Karrierefrauen Madelaine Albright und Hillary Clinton hingewiesen wird. Was hat es damit auf sich und inwieweit sind die Erfahrungen auf hiesige Verhältnisse übertragbar? Im Zentrum des vierten Kapitels stehen die Ideen und Projekte, die seit den 70er Jahren in Westdeutschland zum Thema Frauenhochschule entwickelt wurden. Bei der Vorstellung der einzelnen Modelle wird deutlich, wie unterschiedlich die theoretischen Konzepte und politischen Ziele sind. Differenztheoretische Überzeugungen stehen dekonstruktivistisch motivierten Modellen gegenüber, Elitekonzeptionen solchen, die am Ziel der Demokratisierung von Hochschulen festhalten und Chancengleichheit, Mitbestimmung sowie emanzipatorische Wissenschaftskritik als zentral erachten. Gemeinsam ist ihnen lediglich die Erkenntnis, dass Frauen in Hochschule und Wissenschaft diskriminiert sind und dass eine Frauenhochschule ein Weg sein kann, diese Diskriminierung zumindest teilweise zu überwinden oder wenigstens abzufedern. Abschließend soll die Diskussion um die Idee einer Frauenhochschule in die aktuell geführte Hochschuldebatte eingebettet und bewertet werden.

1. Warum eine Hochschule nur für Frauen?

Viele Wege führen nach Rom, so eine alte Weisheit. Aber: was ist Rom und wie kommt mensch dort am besten hin? Als kleinstes gemeinsames Ziel kann man vielleicht die tatsächliche Chancengleichheit von Frauen und

Männern an den Hochschulen formulieren. Diese müsste sich einerseits in der Besetzung von Stellen und der Vergabe von Studienplätzen ausdrücken, indem Frauen in allen Bereichen zur Hälfte vertreten sind. Und sie müsste sich in den Inhalten von Wissenschaft widerspiegeln. Wissenschaft darf nicht länger einseitig die Lebensentwürfe von Männern in den Mittelpunkt stellen und Frauen ignorieren oder abwerten. Nun sind gerade die Hochschulen dafür bekannt, frauenpolitisch extrem schwerfällig zu sein. Jutta Limbach, Präsidentin des Bundesverfassungsgerichts, bezeichnete die Universitäten einmal als die zurückgebliebenste aller Provinzen.

Welche Wege geeignet sind, die Gleichstellung von Frauen voranzutreiben, darüber wird kontrovers diskutiert. Als ein Weg dahin wurde und wird die Einrichtung einer Frauenhochschule diskutiert. Das ist sicherlich einer der radikaleren Vorschläge und stößt auch bei hochschulpolitisch engagierten Frauen auf Widerstand. Sollten nicht vielmehr die bestehenden Hochschulen geschlechtergerecht umgestaltet werden? Bedeutet eine Frauenhochschule nicht einen historischen Rückschritt? Schließlich ist es noch keine hundert Jahre her, da waren Frauen in Deutschland vom Studium ausgeschlossen. Und ist die Situation an den Hochschulen derart hoffnungslos, dass nur eigene Frauenstrukturen weiterhelfen? Im folgenden sollen die Argumente für eine Frauenhochschule näher beleuchtet und diskutiert werden.

1.1 Ist die Frauenförderung gescheitert?

Wer heute über den Campus einer Universität schlendert, wird zunächst nicht erkennen können, dass Frauen in Hochschule und Wissenschaft diskriminiert sind. Die im Zuge der Bildungsexpansion seit den 70er Jahren postulierten gleichen Bildungschancen scheinen nach gut 25 Jahren eingelöst zu sein. Inzwischen sind mehr als die Hälfte der AbiturientInnen weiblich (vgl. bmb+f 1998, 86) und auch bei den Einschreibungen an den Hochschulen hat ihr Anteil die 50%-Marke erreicht. Das ist ein Erfolg, den es anzuerkennen gilt, trotzdem gibt es bei genauerer Betrachtung zwei eklatante Schief lagen. Zum einen sinkt der Frauenanteil bei zunehmender Karrierestufe – wir haben es also auch an den Hochschulen mit der üblichen Pyramidenstruktur zu tun –, zum anderen sind die Fächerpräferenzen immer noch deutlich geschlechtsspezifisch geprägt (vgl. 1.2).

Doch zunächst zur sogenannten Pyramidenstruktur. Die Statistiken belegen es Jahr für Jahr aufs neue: die bislang erreichten Fortschritte enden dort, wo es um Macht, Status und Geld geht, also bei der Vergabe von hochqualifizierten und gut bezahlten Positionen. Friederike Hassauer spricht in diesem Zusammenhang vom “akademischen Frauensterben”¹. Die Bund-Länder-Kommission (BLK) kommt in ihrem Bericht “Frauen in Führungspositionen” zu dem Ergebnis, dass die Spitzenpositionen an Hochschulen und außerhochschulischen Forschungseinrichtungen nach wie vor von Männern dominiert werden: “zwar ist der Frauenanteil an den Professuren zwischen 1996 und 1997 um 0,5 Prozentpunkte gestiegen; er war mit 9,0% 1997 allerdings immer noch sehr gering. Bei den Berufungen ist die Entwicklung im Jahr 1998 im Vergleich zu 1997 sogar rückläufig. Der Frauenanteil an den Berufungen verringerte sich von 16,9% (406 Berufungen) auf 14,5% (325 Berufungen)” (BLK-Jahresbericht 1999, 49). Es verwundert also wenig, wenn Frauenpolitikerinnen an Hochschulen sich angesichts dieser Zahlen die Frage stellen, ob die bisherigen institutionalisierten Instrumente der Gleichstellung die geeigneten sind.

¹ Zitiert nach: Kraus (2000, 11).

Bei den Habilitationen ist der Frauenanteil seit Anfang der 90er Jahre in der BRD insgesamt – bei leichten jährlichen Schwankungen zwischen 11,5% und 13,8% – nahezu konstant geblieben. Allerdings ergeben sich mit Ausnahme Brandenburgs in allen neuen Ländern seit 1990 Rückgänge bei den Habilitationen von Frauen.

In ihrem Bericht “Förderung von Frauen im Bereich der Wissenschaft” kommt die BLK zu dem Ergebnis, dass “Wissenschaftlerinnen in allen Fachgebieten von Qualifikationsstufe zu Qualifikationsstufe statistisch gesehen nur jeweils einen Bruchteil der Chancen zum Einstieg in eine wissenschaftliche Karriere im Vergleich zu gleichqualifizierten Männern” (BLK 1996, Anlage 2) haben.

In seinen Empfehlungen zur Chancengleichheit von Frauen in Wissenschaft und Forschung kommt der Wissenschaftsrat zu dem Ergebnis, dass Frauen gegenwärtig an den Hochschulen vielfältige Benachteiligungen erfahren. “Diese beginnen nicht erst bei der Habilitation oder der Berufung auf eine Professur, vielmehr handelt es sich um einen allen Qualifizierungsstadien und hierarchischen Ebenen durchziehenden Prozeß” (Wissenschaftsrat 1998, 89). Diese Feststellung des Wissenschaftsrates stimmt mit dem 1986 von Benda eingeführten Begriff der strukturellen Diskriminierung überein: strukturelle Diskriminierung meint, dass Personen einer bestimmten Gruppe (hier: Frauen) aufgrund ihrer Zugehörigkeit zu dieser Gruppe *systematisch* benachteiligt werden – auch wenn sie es selber nicht wahrnehmen. Diskriminierungen werden zwar auch von einzelnen Individuen vorgenommen (beispielsweise durch einen belästigenden Dozenten), sie sind jedoch in der Struktur des Systems (hier: Hochschule) angelegt und durchziehen dieses.

Der Wissenschaftsrat räumt auch mit dem weit verbreiteten Vorurteil auf, dass der Mangel an qualifizierten Frauen an deren Unterrepräsentanz schuld sei:

“Die Anteile der Frauen, die eine Promotion ablegen oder in der Position des Mittelbaus tätig sind, haben in einem längerfristigen Entwicklungsprozess kontinuierlich zugenommen, so daß es in den meisten Fächern mittlerweile genug weiblichen wissenschaftlichen Nachwuchs für eine Weiterqualifizierung gäbe. Von dieser Möglichkeit machen seit Jahren immer mehr, je nach Fachbereich jedoch unterschiedlich viele Frauen Gebrauch. Das Argument, für die Besetzung von Lehrstühlen mit Frauen stünden nicht genügend entsprechend qualifizierte Kandidatinnen zur Verfügung, hat für nahezu alle Fächer mit dieser Entwicklung an Bedeutung verloren. Dennoch ist die Unterrepräsentanz von Frauen in den Führungspositionen von Wissenschaft und Forschung, insbesondere bei Professuren, weitgehend unverändert geblieben. Daran vermochten die bestehenden Ansätze zur Frauenförderung wenig zu ändern”, so das nicht gerade positive Urteil des Wissenschaftsrates über die bisherigen Instrumentarien der Frauenförderung (ebd., 81f.).

Seit nunmehr über zehn Jahren gibt es ein breit gefächertes Netz von Frauen- und Gleichstellungsbeauftragten an den Hochschulen. Initiiert wurde dieses durch staatliche Vorgaben, die die Parlamente und Ministerien Ende der 80er Jahre den Hochschulen vorgaben. Die Politik reagierte mit dieser Institutionalisierung letztlich auf die Forderungen, die im Rahmen der Neuen Frauenbewegung bereits in den 70er Jahren gestellt worden sind (s. Kap. 4.1). Dabei gab es bereits damals zahlreiche Skeptikerinnen, die die Beteiligung von Frauen an dem patriarchalen, hierarchischen Hochschulsystem nicht als erfolgversprechend ansahen, sondern vielmehr auf autonome Strukturen bauten.

Bei den Evaluierungen von zehn Jahren Frauen- und Gleichstellungspolitik an den Hochschulen² wird deutlich, dass zahlreiche Aktivistinnen von den Resultaten ihrer Politik enttäuscht bzw. ernüchert sind. Es ist schon

² Wie z. B. bei einem Kongress in Braunschweig zu Perspektiven der Frauenförderung in der Hochschulentwicklung am 3./4. Dezember 2000 anlässlich des zehnjährigen Bestehens institutionalisierter Hochschul-

erstaunlich, dass seit Jahren immer wieder – auch und gerade von so renommierten Einrichtungen wie der BLK und dem Wissenschaftsrat – dringender Handlungsbedarf konstatiert wird, aber gleichzeitig konkrete Schritte zur Frauenförderung vehement abgelehnt werden. Das hebt auch Larissa Klinzing, Mitglied des Geschäftsführenden Vorstands der GEW (Vorstandsbereich Frauenpolitik) hervor: “Ich kann Ihnen versichern, ich kenne keinen anderen Bereich in der Gesellschaft, in dem zwischen dem Aufklärungsgrad und der realen Handlung eine so große Diskrepanz besteht wie bei der Frage Frauenförderung und Wissenschaft”³.

Angelika Wetterer hat die Diskussion um Sinn und Unsinn von Frauenfördermaßnahmen bereits 1994 mit ihrem Beitrag “Rhetorische Präsenz und faktische Marginalität” in der Zeitschrift für Frauenforschung angestoßen. Sie kommt darin zu dem Ergebnis, dass zwar viel passiert ist, “aber geändert hat sich eigentlich so gut wie gar nichts” (Dies. 1994, 93). Sie geht sogar noch weiter und stellt die These auf, dass eine ganze Reihe von Maßnahmen, die der Frauenförderung zugerechnet werden, kontraproduktiv sind, also das Gegenteil von dem bewirken, wozu sie eigentlich erdacht worden sind, nämlich Frauen zu fördern.

Zunächst kritisiert sie den Begriff “Frauenförderung” grundsätzlich, in dem der patriarchale Gestus *den Frauen muß geholfen werden*, kaum zu übersehen ist. Frauen werden begrifflich in die Rolle derjenigen gedrängt, die defizitär sind und nachholen müssen. Daraus resultieren nach Wetterer zwei Frauenförderstrategien, die ebenfalls kontraproduktiv sind: zum einen die Strategie der Qualifizierung von Frauen, zum anderen die der Erleichterung der Vereinbarkeit von Familie und Beruf.

Die Qualifizierungsstrategie knüpft an die alte, aber inzwischen hinreichend widerlegte Vorstellung an, die Unterrepräsentanz von Frauen habe ihre Ursache in der zu geringen Qualifikation von Frauen. Wie oben bereits beschrieben, hat erst kürzlich der Wissenschaftsrat diese gängige Ablenkungsstrategie entkräftet. Mit der Strategie der Qualifizierung können punktuelle Förderprogramme aufgelegt werden (die für die einzelnen Frauen natürlich wichtig und derzeit unverzichtbar sind), bestehende Verteilungskämpfe bleiben jedoch unangetastet. In der Bearbeitung der Vereinbarkeitsproblematik von Familie und Erwerbsarbeit als “Frauenproblem” sieht Wetterer die Gefahr der Verfestigung tradierter Vorurteile und Zuschreibungen.

Angelika Wetterer hat mit ihren Thesen eine rege Diskussion um gleichstellungspolitische Forderungen in Wissenschaft und Hochschule angeregt. Als eine Variante, Bewegung in die schleichende und zähe Antidiskriminierungspolitik zu bringen, werden verschiedene Modelle von Frauenhochschulen und -universitäten diskutiert. Frauenhochschulen – so die Hoffnung – können als eine Art Experimentierfeld fungieren, in dem es nicht darum geht, Änderungsvorschläge für das Bestehende zu entwickeln, sondern in dem völlig neue Wege gedacht und diskutiert werden können.

1.2 Frauen in Naturwissenschaft und Technik

In den Konzepten, die es zur Realisierung einer Frauenhochschule gibt, wird in der Regel auf die besonders prekäre Situation von Frauen in Naturwissenschaft und Technik Bezug genommen. So schlägt beispielsweise Doris Janshen eine Technische Frauenuniversität vor und auch die Internationale Frauenuniversität (*ifu*) hat ihre konzeptionellen Wurzeln in der feministischen Naturwissenschafts- und Technikkritik. Dabei ist zweierlei

frauenförderung in Niedersachsen. Die Beiträge erscheinen anfang 2001 in einem von Claudia Batisweiler u.a. herausgegebenem Band bei Leske + Budrich.

³ In einem Gespräch der BLK über die “Förderung von Frauen im Bereich der Wissenschaft”, dokumentiert in: BLK (Hg.): Frauen in Führungspositionen, zweite Ergänzung, Heft 68, Bonn 1999.

auseinander-zuhalten: zum einen sind Frauen quantitativ in den entsprechenden Studiengängen überdurchschnittlich unterrepräsentiert, zum anderen werden gerade auch die Inhalte dieser Wissenschaftsdisziplinen von feministischen Wissenschaftlerinnen als patriarchal kritisiert und daraus Ansprüche für die Einrichtung einer Frauenhochschule abgeleitet.

Zunächst zum quantitativen Aspekt:

Neben der oben beschriebenen generellen Unterrepräsentanz von Frauen in Führungspositionen an der Hochschule gibt es noch einen weiteren Faktor, der sich benachteiligend für Frauen auswirkt: die geschlechtsspezifischen Fächerpräferenzen. Bereits zum Ende der schulischen Sozialisation läßt sich eine ausgeprägte geschlechtsspezifische Orientierung feststellen, so Kahlert/Mischau (2000, 21). Noch immer wählen Jungen deutlich häufiger mathematisch-naturwissenschaftliche Fächer als Abiturprüfungsfächer, Mädchen dominieren hingegen in den sprachlichen Fächern. Kahlert/Mischau beziehen sich dabei allerdings auf Zahlen von 1986, die lediglich das frühere Bundesgebiet erfassen. Aktuellere Zahlen liegen für den Hochschulbereich vor⁴. Im Studienjahr 1998 sind 48,1% der StudienanfängerInnen weiblich. An den Pädagogischen Hochschulen liegt ihr Anteil deutlich höher (81,5%), an den Kunsthochschulen sind es 56,0% und auch an den Universitäten liegt ihr Anteil mit 51,8% leicht über dem Anteil der Studienanfängerinnen an den Hochschulen insgesamt. Am niedrigsten hingegen ist der Frauenanteil bei den StudienanfängerInnen an den Fachhochschulen. Einen Grund dafür sehen Kahlert/Mischau darin, "daß Fachhochschulen noch immer ein überwiegend naturwissenschaftlich-technisch orientiertes Fächerspektrum anbieten und damit für Frauen (aufgrund der noch immer bestehenden geschlechtsspezifischen Fächerwahl) als Hochschulart nur eingeschränkt attraktiv sind" (2000, 27).

Bei der Studienfachwahl variiert der Anteil der Studentinnen erwartungsgemäß stark: der höchste Anteil (WS 1998/99) findet sich in der Veterinärmedizin (77,6%), dicht gefolgt von den Sprach- und Kulturwissenschaften (65,5%) und der Fächergruppe Kunst bzw. Kunstwissenschaften (62,1%). Die niedrigsten Studentinnenanteile haben die Fächergruppen Mathematik und Naturwissenschaften (34,6%) und die Ingenieurwissenschaften (18,9%). Innerhalb der Ingenieurwissenschaften bildet die Elektrotechnik mit einem Frauenanteil von 4% trauriges Schlusslicht.

Diese geschlechtsspezifische Fächerpräferenz wird von politischer Seite immer wieder dafür verantwortlich gemacht, dass Frauen auf dem Arbeitsmarkt weniger Chancen haben. Und in der Tat wird in den Medien das Bild vermittelt, dass es vor allem an gut ausgebildeten IngenieurInnen mangle – Stichwort: Greencard –, man hingegen mit PädagogInnen und KulturwissenschaftlerInnen die Straßen pflastern könne. Junge Frauen sollen durch spezifische Programme dazu motiviert werden, ein Ingenieurstudium aufzunehmen, damit Frauen den "Anschluss an die Informationsgesellschaft nicht verpassen". Es ist generell richtig und unterstützenswert, wenn Frauen und Männer unabhängig von ihrem Geschlecht eine Studiums- und Berufswahl trafen. Insofern sind Programme zu begrüßen, die die nach wie vor fest verankerten geschlechtsspezifischen Zuschreibungen durchbrechen. Es ist allerdings eine Illusion zu glauben, dass dieses ein Rezept gegen die Diskriminierung von Frauen im Erwerbsleben sei.

Das Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung der Bundesanstalt für Arbeit (IAB) widerlegt in ihrer Studie zu "Studienfachwahl und Arbeitslosigkeit" die These, die höhere Arbeitslosigkeit von Akademikerinnen liege an der geschlechtsspezifischen Fachwahl. Im Gegenteil, so der ernüchternde Befund: Frauen sind häufiger arbeitslos – gerade wenn sie ein 'Männerfach' studiert haben" (IAB Kurzbericht 14/99). So liegen die

⁴ vgl. Statistisches Bundesamt 1998, zitiert nach: Kahlert/Mischau 2000, 25ff.

Arbeitslosenquoten der Bau- und Elektroingenieurinnen mit Uni-Abschlüssen fast dreimal so hoch wie bei den Bau- und Elektroingenieuren. Bei einem Vergleich der Arbeitslosigkeit der Frauen aus eher geschlechtsuntypischen Fächern mit der Arbeitslosigkeit der Frauen mit eher geschlechtertypischem Studium stellt die Autorin fest, dass Frauen bei der Wahl eines untypischen Faches ein höheres Arbeitslosigkeitsrisiko tragen als solche mit eher typischem Studium. So lagen beispielsweise die Arbeitslosenquoten der Frauen 1995 bei den Fächern Germanistik/Anglistik oder Dolmetschen/Übersetzen bei 6, 2 Prozent bzw. 9, 2 Prozent im Vergleich zu 10, 7 Prozent bzw. 14, 6 Prozent bei den "Männerfächern" Maschinenbau und Elektronik (Uni). Auch die Frauen aus dem Bauingenieurwesen mit seinem Mitte der 90er Jahre noch vergleichsweise guten Teilarbeitsmarkt waren mit 7, 6 Prozent häufiger arbeitslos als ihre Geschlechtsgenossinnen aus den pädagogischen Fächern (z. B. Sozialarbeit/-pädagogik: 4, 8 Prozent).

Diese Befunde stellen nach Meinung der Autorin die Stichhaltigkeit von häufig vertretenen Argumentationen in Frage, in denen die allgemein höhere Arbeitslosigkeit von Akademikerinnen im Vergleich zu Akademikern mit deren traditioneller Studienfachwahl in Verbindung gebracht wird. "Dies impliziert nicht nur die Erwartung einer niedrigeren Arbeitslosigkeit, würden sich Frauen häufiger für untypische Fächer entscheiden, sondern auch eine Individualisierung der Arbeitslosigkeit: Frauen seien durch 'falsche' Studienfachwahl selbst für ihre höhere Arbeitslosigkeit verantwortlich" (a.a.O., 4). Dieses Ergebnis ist wichtig für eine Strategie gegen die Diskriminierung von Frauen im Erwerbsleben, steht jedoch in keinem Gegensatz zu den Bemühungen, die Frauenanteile in den Studienfächern Naturwissenschaften und Technik zu erhöhen und die geschlechtertypische Fächerwahl langfristig generell zu überwinden. Das Problem der höheren Arbeitslosigkeit von Frauen bleibt davon jedoch weitgehend unberührt.

Zum inhaltlichen Aspekt:

Zahlreiche Feministinnen erhoffen sich durch eine Erhöhung des Frauenanteils in den Technik- und Naturwissenschaften eine Veränderung der inhaltlichen Ausrichtung dieser Fächer. Vor zehn Jahren hat eine Gruppe von Frauen aus Wissenschaft, Politik und Praxis eine *Denkschrift für eine andere technische Zivilisation* verfasst: "Hat die Technik ein Geschlecht?", so der Titel der damals provozierenden, von Doris Janshen herausgegebenen Streitschrift. Anlass für die Schrift war "die wachsende Sorge (...) über die Entwicklung der technischen Zivilisation" (a.a.O., 7).

Die Schrift macht auf das unbalancierte Verhältnis von Frauen zur Technik aufmerksam und will dazu beitragen, Frauen den Weg zu einer verantwortlichen Mitgestaltung der Zivilisation zu eröffnen. Dabei wird die Technik als "männlich" beschrieben, der eine "menschliche" Alternative gegenübergestellt werden soll, die einstweilen "weiblich" sein muss (ebd.). Angelika Wetterer u. a. haben diesen Ansatz stark kritisiert, da ihm eine bipolare Fassung der Geschlechterdifferenz zugrunde liegt. "Die patriarchale Zumutung, derzufolge Frauen weiblich zu sein haben, wird hier unversehens zur 'Pflicht'" (Dies. 1996, 266), Frauen sollen als Frauen Konzepte entwickeln, die die gesamte Menschheit retten. Wetterer u. a. vertreten dagegen die Ansicht, dass Frauen lange genug in die Falle getappt sind, "weiblich" zu werden oder zu bleiben, "weil davon das Wohl der Kinder, der Familie, der Nation oder wessen auch immer (angeblich) abhing. Selten jedenfalls ihr eigenes" (a.a.O., 267).

Hier stehen sich Differenz- und Gleichheitsansatz gegenüber, auf die später ausführlicher eingegangen wird. Es soll an dieser Stelle nicht bestritten werden, dass es gute Gründe für eine feministische Naturwissenschafts- und Technikkritik gibt und dass diese in der Regel nach wie vor von Frauen geleistet wird. Daraus kann jedoch nicht der Umkehrschluss abgeleitet werden, dass Frauen automatisch qua Geschlecht eine Technik entwickeln, die "menschlicher" wäre. Eine Frauuniversität könnte für viele Frauen einen Raum bieten, in dem sie sich u. a.

mit Naturwissenschaft und Technik wissenschaftlich und politisch auseinander-setzen können. Dabei ist es wahrscheinlich, dass sie eine feministisch-kritische Sichtweise einnehmen. Voraussetzung darf es jedoch auf keinen Fall sein.

1.3 Feministische Wissenschaftskritik

Auch wenn Frauen nicht generell darauf festgelegt werden dürfen, feministische Wissenschaftskritik zu leisten – mit der Einrichtung einer Frauenuniversität verbindet sich doch die Hoffnung, feministische Wissenschaftskritik in einem breiten, institutionalisierten und finanziell abgesicherten Ausmaß leisten zu können und nicht immer wieder an die Grenzen ignoranter ProfessorInnen zu stoßen.

Seit dem Erstarken der Neuen Frauenbewegung in den frühen 70er Jahren kritisieren Feministinnen die vermeintliche Geschlechtsneutralität von Theorien, Forschungsergebnissen sowie deren Produktions- und Vermittlungsformen. Aus dieser Kritik entstanden die Ansätze der Frauenstudien, Frauen-, Geschlechter- und Genderforschung, die nicht nur eine Fülle von empirischen Ergebnissen hervorbrachten, sondern auch zahlreiche innovative theoretische Impulse. Dennoch gelingt es nur langsam, diese in den herrschenden Wissenschaftskanon zu integrieren. Nur widerwillig setzen die Hochschulleitungen – wenn überhaupt – ministerielle Vorgaben zur Umsetzung von Geschlechterforschung um.

Während sich in den Geistes- und Sozialwissenschaften feministische Ansätze in Theorie und Empirie zumindest ansatzweise etablieren konnten, stößt Frauenforschung in den Natur- und Technikwissenschaften auf großen Widerstand⁵. Die niedersächsische Frauenforschungs-kommission stellt in ihrem Bericht einleitend fest, dass Frauen ein eigensinniger Zugang zum Fach erleichtert wird, “wenn deren Vertreter – eingedenk vieler historischer Transformationen und Umbrüche – auf bisher vernachlässigte Fragestellungen mit Neugier und nicht mit Abwehr reagieren. Der Einstieg wird dann erschwert, wenn Geschichtslosigkeit und Anspruch auf universelle Geltung zum Selbstverständnis eines Faches gehören”(1997, 23). Gerade für die Naturwissenschaften wird häufig noch das Ideal der Objektivität und der Neutralität postuliert. Die Forschung wird im Kern als unpolitisch begriffen und die Ergebnisse als von den Forschenden unabhängig. Dabei haben feministische Wissenschaftlerinnen inzwischen an zahlreichen Beispielen patriarchale Eindimensionalitäten und androzentrische Fehlinterpretationen aufgezeigt. Als eines der plakativsten Beispiele können die Schlussfolgerungen soziobiologischer Forschung angesehen werden⁶. Die Soziobiologie, zu deren bekanntesten Vertretern Richard Dawkins mit seinem populärwissenschaftlichen Buch “Das egoistische Gen” zählt, geht davon aus, dass nahezu jedes Verhalten eine genetische Grundlage hat. Nach Meinung vieler Soziobiologen liegt der Ursprung der Ausbeutung des weiblichen Geschlechts darin begründet, dass männliche Individuen in kurzer Zeit viele Nachkommen zeugen können, weibliche dagegen nur eine begrenzte Zahl an Nachkommen, da sie Energiereserven für die Ernährung des Embryos aufbringen müssen. Diese unterschiedlichen Ausgangsbedingungen führten, so Dawkins, zu unterschiedlichen Reproduktionsstrategien und zu verschiedenen Taktiken der Geschlechter zur Maximierung ihres jeweiligen Fortpflanzungserfolgs. Da zwischen den PartnerInnen kein Verwandtschaftsverhältnis besteht, versuchten sie sich gegenseitig auszubeuten und zu

⁵ Vgl. den Bericht der niedersächsischen Kommission zur Förderung der Frauenforschung in Naturwissenschaften, Technik und Medizin von 1997. Dieser Bericht bildet das inhaltliche Fundament der Internationalen Frauenuniversität (*ifu*), die im Rahmen der Expo 2000 stattgefunden hat (vgl. Kap. 4.2.4).

⁶ Vgl. dazu: Bärbel Mauß (1997).

täuschen. Kritikerinnen, wie z.B. Donna Haraway, betrachten die Soziobiologie als Ausdruck der patriarchalen, kapitalistischen Gesellschaft (vgl. Mauß 1997, 192). Ganz offensichtlich liegt den soziobiologischen Konzepten zum einen die Logik kapitalistischer Ökonomie zugrunde (Maximierung des genetischen Profits), zum anderen patriarchale Vorstellungen über die "Natur" von Frauen und Männern.

Feministische (Natur-)Wissenschaftskritik knüpft an die Tradition der kritischen Wissenschaftsforschung an, der es darum geht, Wissenschaft als soziales Unternehmen zu begreifen und als solches zu rekonstruieren. Dabei kritisiert und erweitert sie diese Ansätze, indem sie das empirische Phänomen, dass die Akteure des Wissenschaftssystems mit überwältigender Mehrheit Männer sind, zum erklärungsbedürftigen Ausgangspunkt nimmt (vgl. Heinsohn 1998, 14ff.). Dorit Heinsohn beschreibt – anknüpfend an Evelyn Fox Keller – drei Dimensionen feministischer Naturwissenschaftskritik. Die erste nennt sie *women in science*; diese Dimension umfasst historische und biographische Studien, die das Ziel haben, den verleugneten Anteil von Frauen an der naturwissenschaftlichen Forschung aufzudecken. Hinzu kommen statistische Daten, die die Entwicklung der Frauenanteile aktuell betreffen. Die zweite Dimension – *Science of gender* – bezieht sich auf die biologischen und medizinischen Wissenschaften, also die Wissenschaften, in denen die Kategorie Geschlecht explizit vorkommt. Die dritte Dimension schließlich – *Gender in science* – meint Ansätze, die naturwissenschaftliche Theorien in Zusammenhang mit ökonomischen, sozialen, nationalen und geschlechterpolitischen Entwicklungen setzen. Dahinter steht die Überzeugung, dass das Wissen über Naturphänomene kein Produkt reiner Erkenntnis ist, sondern sich einem "Ensemble sozialer Praktiken" (Donna Haraway) verdankt. Wissen – auch naturwissenschaftliches – ist in seiner Genese an historische und gesellschaftliche Bedingungen gebunden.

Kann feministische Kritik – so fragt Dorit Heinsohn weiter – dabei stehen bleiben, sexistische Strukturen in den Naturwissenschaften aufzudecken und zu zeigen, dass Naturwissenschaft den eigenen Objektivitätsstandards nicht genügt? Welche Schlussfolgerungen ziehen wir daraus, dass naturwissenschaftliches Wissen sozial konstruiert ist? Diese weitreichenden und grundsätzlichen Fragen sind im herrschenden Wissenschaftsbetrieb nach wie vor marginalisiert. Es ist insofern verständlich, dass in den meisten Konzeptionen für eine Frauenhochschule ein feministischer Schwerpunkt für Naturwissenschaft und Technikkritik gefordert wird.

1.4 Koedukation in der Sackgasse?

Wenn von Frauenhochschulen die Rede ist, ist eine Diskussion um das Pro und Contra von Koedukation nicht weit. Seit circa zehn Jahren wird der koedukative Unterricht – vor allem in der Gymnasialbildung – zunehmend in Frage gestellt. Nachdem die Einführung des gemischt-geschlechtlichen Unterrichts in weiten Kreisen als frauenpolitischer Erfolg gefeiert wurde, werden inzwischen die negative Seiten der – männlich geprägten – Koedukation diskutiert, zumal die gewünschten Konsequenzen auf sich warten lassen.

Worin liegen nun die Nachteile bei der gemeinsamen Erziehung von Jungen und Mädchen, wiegen sie schwerer als die offensichtlichen Nachteile eines geschlechtergetrennten Unterrichts und inwiefern sind diese – auf Schulen bezogenen – Erkenntnisse auf die Diskussion um eine Frauenhochschule übertragbar? Der Umfang an Literatur zur neueren Koedukationsdebatte hat in den vergangenen Jahren stark zugenommen⁷. Es soll hier nicht darum gehen, sie auszuwerten, es geht lediglich darum, die Debatte – sofern sie für die Diskussion um eine Frauenhochschule relevant ist – grob zu skizzieren.

⁷ Einen Überblick bieten Kahlert/Mischau (2000, 48ff).

In den 50er Jahren war die Koedukation ein wichtiges bildungspolitisches Instrument zur Durchsetzung von Chancengleichheit. Es wurde für Mädchen und Jungen selbstverständlich, miteinander zu lernen, miteinander Umgang zu haben und zu erfahren, dass Mädchen und Jungen gleichermaßen lernfähig sind. Die Koedukation entsprach einem Verständnis von Chancengleichheit für Frauen, das sich in einem mühevollen Prozess des Umdenkens in der Gesellschaft durchgesetzt hatte.

Ende der 80er Jahre mehrten sich empirische Belege für eine mädchendiskriminierende Schulpraxis (vgl. Metz-Göckel 1996 und die dort angegebene Literatur). War bis dahin die Kritik am koedukativen Unterricht vornehmlich konservativ-traditionell geprägt, meldeten sich nun Kritikerinnen zu Wort, die zum Ziel hatten, die geschlechtspezifische Stereotypisierungen aufzubrechen.

Feministische Schulforscherinnen kritisieren die praktizierte Koedukation als "männlich geprägt". Ein "heimlicher Lehrplan" in der schulischen Geschlechterbildung trage wesentlich zur unterschiedlichen Interessenentwicklung der Geschlechter bei. Kern dieses heimlichen Lehrplans sind geschlechtstypische Zuschreibungen, rollenkonforme Annahmen und Vorurteile, mit denen Interessen geweckt oder verschüttet, Verhaltensweisen geprägt, positiv oder negativ verstärkt werden. Diese Zuschreibungen entfalten "wirklichkeitsschaffende Kraft" und sorgen zusammen mit traditionell an "männlichen" Zugangsweisen entwickelter Methodik und Didaktik für eine systematische Benachteiligung von Mädchen in gemischten Schulen. Unreflektiert wird deren gesellschaftliche Minderstellung vorbereitet, so Metz-Göckel (1996, 14).

Vor allem in naturwissenschaftlich-technischen Fächern, die noch immer als "männlich" apo-strophiert werden, wirkt die Geschlechterdifferenz hierarchisch zum Nachteil der Mädchen.

Beim Vergleich von Absolventinnen von Mädchenschulen mit Absolventinnen von koedukativen Schulen konnten hinsichtlich der Fächerwahl überraschende Ergebnisse festgestellt werden: wenn Mädchen ohne männliche Konkurrenz wählen, werden die naturwissenschaftlich-technischen Fächer stärker als Leistungsfächer belegt (vgl. Kahlert/ Mischau 2000, 68). "Offensichtlich polarisiert sich 'geschlechtstypisches' Verhalten von Mädchen und Jungen unter Bedingungen der Koedukation, während sich in geschlechts-homogenen Schulen durch Wegfall der Geschlechterkonkurrenz das Verhaltens-spektrum erweitert und von einer breiteren Ausschöpfung der Fähigkeitspotentiale gesprochen werden kann" (ebd.). GegnerInnen einer Separierung der Geschlechter weisen auf den Zusammenhang von Feminisierung und Entwertung hin. Mädchenkurse – beispielsweise in Physik oder Informatik – würden als Nachhilfeunterricht etikettiert. Ergebnisse aus der feministischen Professionalisierungs- und Berufsforschung bestätigen, dass Arbeiten und Zuständigkeiten von Frauen – gleichgültig, wie sie sich verändern – immer wieder so positioniert werden, dass sie gegenüber Tätigkeiten von Männern als die minderwertigeren gelten und entsprechend geringer honoriert werden. Befürworterinnen einer "reflexiven" Koedukation – also eines gemischtgeschlechtlichen Unterrichts, in dem das Geschlechterverhältnis reflektiert wird – sprechen sich gegen jegliche Form der Besonderung qua Geschlecht aus. Diese reproduzieren nur den oben dargestellten Zusammenhang von Feminisierung und Entwertung⁸. Statt dessen fordern sie die "Entdramatisierung der Geschlechterdifferenzen".

Hinsichtlich der Zielstellung, der Geschlechtertypisierung zu entgehen, sind sich die feministischen Befürworterinnen und Gegnerinnen einer Frauenhochschule im wesentlichen einig⁹. Die strittige Frage ist allerdings, welche Strategie dazu die geeignetste ist. Angelika Wetterer befürwortet eine Frauenuniversität als

⁸ Vgl. z. B. Faulstich-Wieland(1997).

⁹ Zumindest die Vertreterinnen des Gleichheitsansatzes sowie Dekonstruktivistinnen. Differenzansätze spielen in der aktuellen Debatte kaum mehr eine Rolle.

paradoxe Intervention: “Das Paradoxe besteht (...) darin, dass Frauenbewegung und feministische Wissenschaftspolitik – um wirksam sein zu können – das Geschlecht zum strukturbildenden Moment politischer Strategien machen müssen, um letztlich das Geschlecht als soziales Klassifikationskriterium außer Kraft zu setzen” (Wetterer 1993, 196). Somit teilt die Frauenhochschule das Schicksal jeder Frauenpolitik, die auf Frauen *als Frauen* Bezug nimmt – nämlich vor einem Dilemma zu stehen. Die Frauenhochschule “könnte andererseits die Mechanismen für die alltägliche Reproduktion dieser Differenz im Binnenraum der Frauenuniversität gerade deshalb außer Kraft setzen, weil Männer fehlen – also jene Beziehungsstruktur, an deren Existenz die Ver-Zweigeschlechtlichung in hohem Maße gebunden ist” (dies. 1996, 271).

Ulrike Teubner hat den Begriff der *reflexiven Monoedukation* in die Debatte eingebracht. Der vorübergehende Ausstieg aus dem System der Zweigeschlechtlichkeit bietet ihrer Meinung nach die Chance, den Zwängen einer binären Geschlechterordnung zeitweise zu entgehen. Dies könne Frauen aber nur dann nutzen, wenn bewusst auf differenztheoretische Begründungen verzichtet wird, ebenso wie auf jede bipolare Verknüpfung von Frauen mit Wissenschaft (vgl. Teubner 1996, 86).

Insgesamt lässt sich festhalten, dass die Forderung nach geschlechtergetrenntem Unterricht inzwischen weniger dem differenztheoretischen Spektrum entspringt, sondern vielmehr als Chance zur Überwindung der Differenzen angesehen wird. Die Befürchtung einer gesellschaftlichen Abwertung kann nicht schlüssig ausgeräumt werden. So bleibt es ein Abwägen, was mehr wiegt: Chance oder Risiko.

1.5 Madeleine Albright und Hillary Clinton – leuchtendes Beispiel USA?

Wer kennt sie nicht – die Namen der berühmten US-amerikanischen Frauen, die an einem amerikanischen Women College studiert haben. Strahlend, selbstbewusst und erfolgreich sind sie, die ehemaligen Studentinnen. Und haben dann auch noch ein glückliches Händchen bei der Wahl ihres Gatten. Zumindest teilweise. Was ist dran, an den schon fast aufdringlichen Verweisen auf die schönen und erfolgreichen Absolventinnen der Women Colleges?

Eine schlichte Übertragung vom US-amerikanischen auf das bundesdeutsche Hochschul- und Gesellschaftssystem ist unsinnig, darin sind sich bei näherer Betrachtung nahezu alle einig. Die Womens Colleges haben eine lange Tradition und in eine völlig andere Hochschul-landschaft eingegliedert (vgl. Kap. 3). Die Universitäten, die von Frauen wie Hillary Clinton besucht wurden, sind Eliteuniversitäten, die sich privat und u. a. über horrenden Studien-gebühren finanzieren. Es sei einmal dahingestellt, ob Madeleine Albright deswegen Außenministerin der USA geworden ist, weil sie an einer Frauenuniversität studiert hat, oder vielmehr deswegen, weil sie Absolventin einer Eliteuniversität ist. Vermutlich spielt beides eine Rolle, aber man sollte letzteres nicht unterschlagen. Der ständige Verweis auf die als Eliteuniversitäten bekannten Womens Colleges scheint m. E. nicht zuletzt ein strategisches Mittel zur Akzeptanzbeschaffung “neuer” Hochschulstrukturen zu sein. Der nicht wegzudiskutierende Elitecharakter dieser Institutionen wird kurzerhand zu einem “demokratisierenden Element¹⁰⁾”, da ein Abschluss dort allen Absolventinnen unbeschadet ihrer persönlichen Herkunft in der Gesellschaft Türen öffnet. Das bedeutet Chancengleichheit lediglich innerhalb einer elitären

Schicht und damit den Abschied vom demokratischen Prinzip der Chancengleichheit für alle.

Mit solch absurden Umschreibungen und Verherrlichungen preist die hiesige Fangemeinde der Womens Colleges ein Hochschulmodell an, das bis in seine Grundpfeiler konservativ, selektiv und undemokratisch ist. Und patriarchal, könnte frau hinzügen – würde es sich nicht um Colleges for Women handeln.

“Was macht die Frauen hier alle so leuchtend und anziehend?“, fragt sich und die Emma-LeserInnen Sigrid Metz-Göckel bei ihrem Besuch des Women colleges in Wellesley. “Ist es die Auswahl oder ist es die Collegezeit?“, fragt sie weiter. Liebe Frau Metz-Göckel, möchte man antworten, das ist der morbide Charme privilegierter Töchter aus gutem Hause in einem zutiefst ungerechten Bildungssystem.

1.6 Sexualisierte Gewalt gegen Studentinnen: Schnee von gestern?

Wer sich derzeit für die Diskussionen zum Thema Frauenhochschule interessiert, hat von den bisher angeführten Argumentationen sicherlich schon gehört. Kein Zeitungsartikel, in dem nicht Hillary Clinton als leuchtendes Beispiel genannt und damit die Koedukation hinterfragt wird, auch Verweise auf die eher verhaltenen Erfolge der Gleichstellungspolitik an den Hochschulen sind leicht zu finden. Ein Thema, das bei einer Pro-/Contra Diskussion mitgedacht werden muss, fehlt jedoch völlig: das der sexualisierten Gewalt und Diskriminierung von Studentinnen¹¹. Nachdem Mitte der 90er Jahre zumindest einzelne Studien und Fachkongresse sich dem Thema sexuelle Gewalt an Hochschulen widmeten, scheint das Thema inzwischen wieder dort gelandet zu sein, wo es herkommt: in der Tabu- und Schmutzdecke. Bei den im Vorfeld der *ifu* breit gestreuten Auflistungen von Argumenten für eine Frauenhochschule ist es schon verwunderlich, dass der schlichte Hinweis darauf fehlt, dass Studentinnen und Wissenschaftlerinnen an einer Frauenhochschule lernen, arbeiten und forschen können, ohne sich der Gefahr sexualisierter Übergriffe oder Diskriminierungen ausgesetzt zu sehen. Auch von Feministinnen, die Jahre zuvor die Enttabuisierung des Themas gefordert haben, lassen diesen Aspekt dezent unter den Tisch fallen. So ein schönes, wichtiges, anspruchsvolles und sauberes Projekt wie momentan die *ifu* möchte frau ungerne mit einem Schmutzthema in Verbindung bringen. Und außerdem – so Ayla Neusel, Vordenkerin und Präsidentin der *ifu*, – wollen die jungen Frauen nichts mehr mit dieser Opferecke zu tun haben¹². Sexualisierte Gewalt ist out – nur: wissen das auch die Täter?

Die vorliegenden Untersuchungen lassen das nicht vermuten. Die Auswertung von drei Fragebogenstudien an Berliner Hochschulen aus den Jahren 1992 und 1993 ergab folgende Ergebnisse: durch Hochschullehrer oder Dozenten wurden an der Freien Universität 37 von 101 befragten Studentinnen (37, 4%), an der Hochschule der Künste (HdK) 36 von 203 Studentinnen (17, 7%) und an der Fachhochschule für Wirtschaft (FHW) 20 von 203 Studentinnen (9, 9%) sexuell belästigt. Zusammengerechnet ergibt sich, dass knapp jede fünfte Studentin – 93 von 507 (18, 3%) – durch einen Lehrenden, eine Person, der gegenüber sie sich in einem starken Abhängigkeitsverhältnis befindet, sexuell belästigt worden ist (vgl. Dreyer/Toelle 1994, 83).

Eine weitere Studie wurde von der soziologischen Fakultät Bielefeld zum Thema Sexuelle Belästigung an einer Fachhochschule erstellt (Holzbecher 1994). Auch hier konnte ein erschreckend hohes Ausmaß an belästigendem,

¹⁰ Sigrid Metz-Göckel in der Frankfurter Rundschau vom 15. April 1999, S. 6

¹¹ Eine in dieser Hinsicht rühmliche Ausnahme bildet die Zeitschrift Emma, die in ihrem Dossier über Uni-Karrieren von Frauen zwar die Elitförderung feiert, aber immerhin einen Artikel zu ”sexuellem Terror an der Uni” aufgenommen hat (Heft 1/98).

¹² So in einem mündlichen Gespräch anlässlich der Erstellung einer Vorbereitungsbroschüre zur *ifu* im März 1997.

sexualisiertem Verhalten festgestellt werden. In einem Fragebogen wurden verschiedene belästigende Verhaltensweisen vorgestellt. Die Befragten sollten angeben, welche sie davon bereits selber erlebt haben. Bei der Betrachtung der Kategorien, die von Frauen und Männern mit eindeutiger Mehrheit als Belästigung gewertet wurden, waren es 39, 2 Prozent der Antwortenden, die ein solches Verhalten bereits erlebt haben (bei allen vorgestellten Verhaltensweisen 73, 7 Prozent)¹³.

Was ist sexuelle Belästigung? Diese Frage wird immer wieder neu und kontrovers diskutiert. Bußmann/Lange verstehen unter sexueller Belästigung "jedes sexuell bestimmte Verhalten (...), das von den Betroffenen nicht erwünscht und von ihnen als beleidigend und abwertend empfunden wird" (dies., 1996, 9). Der Begriff der Belästigung ist eine Übersetzung des englischen *harassment*, mit dem allerdings die Nähe zu 'zermürben', 'quälen' u. ä. deutlicher ist als bei der deutschen Übersetzung. Der Begriff der sexuellen Belästigung ist daher auch umstritten. Margit Brunner hält ihn für eine euphemistische Umschreibung von sexueller Gewalt (Dies. 1996, 65). Die Debatte um Begriffe, um eine Abgrenzungen zwischen Vergewaltigung, Belästigung, Übergriff etc. wird seit Jahren intensiv geführt und kann hier nicht weiter ausgeführt werden¹⁴. Ebenso das Problem der Definitionsmacht (Stichwort: Beweislastumkehr).

Was auch immer man genau unter sexueller Belästigung, sexualisierter Gewalt¹⁵ o.ä. abbildet, traurige Tatsache ist, dass diese krasse Form der Diskriminierung und Verdrängung auch an den Hochschulen für viele Frauen Alltag ist – ohne dass diese in auch nur annähernd angemessener Weise thematisiert wird. Vor ca. zehn Jahren gab es Ansätze einer Enttabuisierung von sexueller Belästigung am Arbeitsplatz. Dafür steht z. B. der Ratgeber von Degen und Plogstedt (1992): *Nein heißt Nein!* Die damalige Bundesregierung reagierte darauf mit der Verabschiedung des Beschäftigtenschutzgesetzes im Rahmen des 2. Bundesgleichberechtigungsgesetzes im Sommer 1994. Druck kam zusätzlich durch eine Empfehlung der EU-Kommission zur Vermeidung sexueller Belästigung am Arbeitsplatz. Ein Problem ist jedoch, dass diese – ohnehin eher dürftigen – Schutzbestimmungen nicht auf alle Hochschul-angehörigen anwendbar sind. Nach herrschender Meinung gelten sie für all jene nicht, die in keinem Arbeitsverhältnis mit der Hochschule stehen: das sind Studentinnen, Doktorandinnen und teilweise Habilitandinnen. Im entsprechenden Absatz des Gesetzes sind sie jedenfalls nicht ausdrücklich benannt. Ob eine Übertragbarkeit aufgrund der vergleichbaren Situation (Abhängigkeitsverhältnis) gegeben ist – wie u. a. Barbara Degen es vertritt – ist umstritten.

Jedoch nicht nur die rechtliche, sondern auch die politische Situation ist an Hochschulen bezüglich sexueller Gewalt besonders schwierig.

Monika Gerstendörfer (1994) hat aufgezeigt, dass die Hochschulen historisch und strukturell einen besonders günstigen Nährboden für sexuelle Übergriffe bieten. Frauen waren bis ins vergangene Jahrhundert hinein vom Studium ausgeschlossen. Zu den Bedenken, die gegen die Aufnahme von Frauen geäußert wurden, zählten u. a., dass sich die Hochschule in ein Bordell verwandeln könne, dass die Anwesenheit von Frauen dem reinen akademischen Denken abträglich sei und dass Frauen ihre Anziehungskraft verlieren würden (vgl. Gerstendörfer 1994, 35). Frauen wurden in erster Linie als sexuelle Wesen gesehen. Dem Sich-belästigt-Fühlen der Männer

¹³ Eine Zusammenfassung der Ergebnisse findet sich in Holzbecher (1996, 20ff.).

¹⁴ Allerdings weniger im akademischen Spektrum, als vielmehr in frauenpolitischen, linken, alternativen Zusammenhängen. Dazu z. B.: *Mein Körper gehört mir!* Broschüre der OLLAfa (Offene Linke Liste AStA für Alle), Göttingen 1996. Zu beziehen über den fzs (freier Zusammenschluss der studierendenschaften), Reuterstr. 44, 53113 Bonn, fzs@studis.de.

durch die bloße Anwesenheit von Frauen steht die tatsächliche Belästigung von Frauen durch Männer gegenüber, schlussfolgert Brunner (zit. nach Gerstendörfer 1994, 37). Sexuelle Übergriffe gegen Frauen sind konsequenterweise lange ein Ausschlussgrund gewesen – allerdings für die belästigte Frau. Heute wird wohl kaum jemand mehr diese Bedenken offen teilen. Die dahinter stehende Logik besteht jedoch weiterhin. Belästigte Frauen werden auch nicht mehr vom Studium ausgeschlossen – sie gehen oft von selbst.

Hinzu kommt, dass die Hochschulen hierarchisch strukturiert sind und die meisten Arbeitsverhältnisse als Abhängigkeitsverhältnisse organisiert sind. “Sexualität stellt häufig nicht die Hauptkomponente in der Handlung dar, sondern sie dient lediglich als Mittel, als Instrument zur Machtsicherung. (...) Die sexuelle Belästigung dient nicht selten als Platzverweis” (Holzbecher 1996, 22f.).

Natürlich sind sexuelle Übergriffe nicht der einzige Grund für das Verschwinden von Frauen aus der Wissenschaft. Sie sind aber weniger exotisch als gemeinhin angenommen und sie signalisieren eine Grauzone von verbalen und atmosphärischen Zweideutigkeiten, die für Frauen aversiv sind und für Männer nicht existieren. “Hierin liegt einfach ein erhöhtes statistisches Risiko, das strukturell *alle* Frauen betrifft und überdies *nur* Frauen” (Schmerl 1998, 77).

Für eine glaubwürdige Gleichstellungspolitik halten Bußmann und Lange folgendes für unverzichtbar: “eine eindeutige Akzeptanz des Problems, die Sensibilisierung der gegen-seitigen Wahrnehmung und eine entschiedene und solidarische Handlungsbereitschaft der Hochschulen selbst” (Dies. 1996, 9). Insofern ist es bedauerlich, dass das Thema sexuelle Belästigung an der Hochschule in den gängigen Debatten zum Thema Frauenhochschule so gut wie keine Rolle spielt. Vielleicht ist die Debatte schon zu sehr zu einem Elitediskurs verkommen, der sich gegen derart “niedere” Probleme abschottet. Schöner ist es da, Frauen wie Hillary Clinton zu feiern. Erfolg macht eben sexy.

1.7 Fazit

Gründe genug für eine Frauenhochschule? Niemand möchte prinzipiell zur Monoedukation zurück – weder in der Schule noch in der Hochschule. Bei Studentinnen kann man auch davon ausgehen, dass diese – im Gegensatz vielleicht zu jungen Mädchen – selbst entscheiden können, ob sie eine Frauenhochschule besuchen wollen oder eine gemischtgeschlechtliche Hochschule vorziehen. Insofern bedeutet eine Frauenhochschule keinen Generalangriff auf die Errungenschaft Koedukation. Eine Gefahr besteht allerdings in der – zu erwartenden – gesellschaftlichen Abqualifizierung von frauenspezifischer Wissenschaft und von Abschlüssen, die an einer Frauenhochschule erworben werden. Um die herrschende Geschlechterordnung zu durchbrechen, muß auf differenztheoretische Zuschreibungen und Ausrichtungen m.E. gänzlich verzichtet werden. Selbstverständlich ist es sinnvoll, ökologische Perspektiven zu bearbeiten. Ein Verweis darauf jedoch, dass Frauen ein “engeres” Verhältnis zur (Mutter) Natur haben, ließe das Experiment Frauenhochschule in die Nähe konservativer Bildungs-konzepte rücken, die schon immer wussten, dass Frauen eigentlich die besseren Menschen sind. Im Haus zumindest.

Eine Frauenhochschule, deren inhaltliches Konzept zwar kritisch, aber nicht “weiblich” ist, könnte Frauen vorübergehend einen Raum bieten, in dem sie ausprobieren könnten, wie es sich jenseits der herrschenden

¹⁵ Expertinnen (wie z. B. zahlreiche Notruf-Frauen) verwenden statt des Begriffs *sexuelle Gewalt* den Begriff *sexualisierte Gewalt*. Letzterer verdeutlicht, dass der damit erfasste Tatbestand nichts mit Sexualität zu tun hat (zumindest nicht für das Opfer), sondern in erster Linie Gewalt ist.

Geschlechterstereotypen lernen und forschen lässt. Sie könnte Impulse für die Gleichstellungspolitik an Hochschulen liefern und die Aufnahme feministischer Sichtweisen in den Mainstream befördern. Dazu muss sie den Dialog nach außen ebenso sicherstellen wie den nach innen. Eine demokratische Struktur ist insofern unverzichtbar.

2. Historische Vorläuferinnen in Deutschland

Bevor der Blick ins Ausland – vor allem in die USA – schweift, sollen die hiesigen Versuche dargestellt werden, eine Frauenhochschule zu initiieren. Es ist richtig, dass es in Deutschland im Gegensatz zu den USA keine Tradition von Frauenhochschulen gibt. Zwei kleine Experimente hat es jedoch gegeben – und die sollen nicht unterschlagen werden.

2.1 Eine Frauenhochschule in Hamburg

Am 1. Januar 1850 wurde am Holländischen Brook in Hamburg – eine zur damaligen Zeit “gute Adresse” – die “Hochschule für das weibliche Geschlecht” eröffnet. Diese Hochschule war, wie Elke Kleinau betont, “Teil eines umfassend geplanten Mädchenbildungssystems und nicht, wie bisher angenommen, ein völlig isoliertes Phänomen in der deutschen Mädchen-bildungslandschaft” (a.a.O., 69). Die Gründung fiel in eine Zeit, in der Frauen “zum ersten Mal Anschluß an die allgemeine politische Bewegung fanden” (a.a.O., 66) und zahlreiche regionale und überregionale Frauenvereine gegründet wurden. Zentrales Anliegen vieler Vereine war dabei die Verbesserung der Mädchen- und Frauenbildung. Die “Hochschule für das weibliche Geschlecht” war ein Projekt, das aus der Zusammenarbeit der Frauenbewegung mit der deutschkatholischen Gemeinde und der Kindergartenbewegung hervorging. Entwickelt wurde das Konzept in dem von Emilie Wüstefeld (1817-1875) und Berta Traun (1818-1863) 1846 gegründeten “Frauenverein zur Unterstützung der Deutsch-Katholiken”. Für ihr Projekt konnten sie den Schweizer Karl Fröbel (1807-1894) gewinnen, der ein Konzept vorlegte und schließlich als Rektor der Hochschule verpflichtet werden konnte. Für Fröbel stand das Ideal der großen Familie im Vordergrund, die Ausbildung an der Hochschule sollte die Frauen für diesen Zweck vorbereiten und “veredeln”.

Organisatorisch gliederte sich die Hochschule in verschiedene Abteilungen (vgl. Kleinau 1996, 72f.): um die ungleiche Vorbildung der Schülerinnen auszugleichen gab es allgemein-bildende Veranstaltungen, wie z. B. Vorlesungen in Philosophie, Naturwissenschaften, neueren Sprachen, Geschichte, Geographie und Kunst. Einen zentralen Platz im Stundenplan nahmen die Fächer Anthropologie und Psychologie ein. Daneben gab es noch zwei berufsbildende Ausbildungsgänge, die als Vorläufereinrichtungen der späteren Kindergärtnerinnen- und Lehrerinnenseminare gelten können. Ein Kindergarten sowie eine Schule waren als Praxisfelder an die Hochschule angeschlossen.

Im Prinzip, so Kleinau, stand der Besuch der Hochschule allen Frauen, unabhängig vom Alter, der Konfession und der sozialen Klassenzugehörigkeit offen. Faktisch entstammten die Studentinnen jedoch überwiegend dem gehobenen Kaufmannsstand. Das Problem bestand jedoch weniger in dem vergleichsweise geringen und sozial gestaffelten Schulgeld, sondern eher darin, dass die meisten jungen Frauen zur Erwerbstätigkeit gezwungen waren und sich das Studium zeitlich nicht leisten konnten. Louise Otto machte den Gründerinnen daher den Vorwurf, dass die Hochschule nur den Töchtern der Geldaristokratie offenstünde und ein Frauenverein

eigentlich wichtigeres zu tun habe, als zu einer weiblichen Hochschule für reicher Leute Kinder beizusteuern (vgl. Kleinau 1996, 73).

Nach noch nicht einmal zwei Jahren – am 1. April 1852 – wurde die Hochschule bereits wieder geschlossen. Kleinau führt für das Scheitern dieses Projekts verschiedene Gründe an (a.a.O., 76f.). Zum einen gab es Meinungsverschiedenheiten zwischen dem Rektor Karl Fröbel und den Vereinsfrauen. Aus dem Quellenmaterial geht nicht eindeutig hervor, worin diese genau bestanden haben. Die Vereinsfrauen warfen ihrem Rektor vor, zu beschränkt zu sein, um die Hochschule zu verstehen und daher der Aufgabe nicht gewachsen zu sein. Fröbel wiederum konnte die Ansichten einiger vereinsnaher Frauen über Ehe und Politik nicht teilen. Er verurteilte insbesondere die Scheidungsabsichten der beiden Gründerinnen Bertha Trauns und Emilie Wüstenfelds. Konservative Kreise nutzten diese Scheidungsfälle, um die Öffentlichkeit gegen die Hochschule einzunehmen und viele „anständige“ Familien zogen sich und damit ihre Töchter von der Hochschule zurück. Die Finanzlage war ohnehin prekär – nach dem Bekanntwerden der Scheidungsabsichten kam zusätzlich der Spendenfluss nahezu vollständig zum Erliegen. Karl Fröbel und seine Frau Johanna, die die angeschlossene Pension leitete, verließen die Hochschule bereits im April 1851. Eine geeignete Nachfolge konnte nicht gefunden werden und so wurde die Hochschule bis zu ihrer Schließung ein Jahr später vom Verwaltungsausschuss geleitet. Im Verwaltungsausschuss waren mehrheitliche Frauen vertreten, in den Statuten war eine zwei Drittel-Mehrheit weiblicher Mitglieder festgelegt.

Einen anderen Grund für das Scheitern ist von Emilie Wüstenfeld selbst benannt worden: „Wir wollten die Spitze bauen, ehe ein ordentlicher Grund gelegt war“ (zit. nach Kleinau 1996, 82). Es gab zu der Zeit in Hamburg keine öffentlichen höheren Mädchenschulen und auch im übrigen Deutschland keinerlei Institutionalisierung und Normierung des Mädchen-schulwesens. Die daraus resultierende ungleiche Vorbildung der Studentinnen brachte große Schwierigkeiten mit sich und trug – neben internen und finanziellen Problemen – ebenfalls zum frühen Ende der „Hochschule für das weibliche Geschlecht“ bei. Emilie Wüstenfeld setzte ihre reformpädagogischen Ansätze in Zusammenarbeit mit anderen Vereinsfrauen anschließend durch die Gestaltung einer Mädchenschule um.

2.2 Eine Hochschule für Frauen in Leipzig

Gut 50 Jahre später versuchten Frauen erneut eine Hochschule für Frauen zu errichten – dieses Mal in Leipzig¹⁶. Auch diese Gründung ging auf einen pädagogisch ausgerichteten Verein zurück. Bereits seit 1871 gab es den „Verein für Familie und Volkserziehung“, zu dessen Gründerinnen Henriette Goldschmidt zählte. Der Verein gründete zunächst ein „Lyceum für Damen“ und 1911 schließlich die Hochschule für Frauen. Nach Schröder war die Hochschule für Frauen eine Fortentwicklung des höheren Mädchenschulwesens und der Frauenbildung im 19. Jahrhundert. Konzeptionell knüpfte sie u.a. an die Hamburger Hochschule für das weibliche Geschlecht an (Dies. 1991, 83).

Die Hochschule für Frauen sollte

– „allen nach Bildung strebenden Frauen verständnisvolle Teilnahme am Geistesleben unserer Zeit und unseres Volkes ermöglichen,

¹⁶ Die Literatur zu diesem Experiment ist spärlich. Die folgenden Ausführungen basieren im wesentlichen auf dem Artikel von Ursula Schröder (1991).

- der Frau für die Ausübung des mütterlichen Erziehungsberufes eine auf gründlicher Einsicht beruhende Vorbereitung geben und
- die Frau befähigen, sich den mannigfaltigen gemeinnützigen Aufgaben, die ihr innerhalb der Gemeinde, des Staats und der Gesellschaft erwachsen, mit weitem Blick und mit vollem Verständnis für die Bedürfnisse der Gegenwart widmen” (Stadtarchiv Leipzig, zit. nach Schröder 1991, 83f.).

Verwaltet wurde die Hochschule von einem Kuratorium, einem Verwaltungsrat und einem Ehrenvorstand. Im Ehrenvorstand waren zahlreiche bekannte Persönlichkeiten vertreten, u. a. Ricarda Huch, Hans Heinrich Reclam und Marianne Weber (vgl. Schröder 1991, 85). Im Gegensatz zur Hamburger Frauenhochschule wurde in den Gremien kein Wert auf weibliche Dominanz gelegt, aber trotzdem waren Frauen im Vergleich zu anderen Institutionen mit ca. einem Drittel gut vertreten.

Um aufgenommen zu werden, mussten die Frauen 18 Jahre alt sein und 10 DR Immatrikulationsgebühren entrichten (Ausländerinnen 50 DR). Die Hochschule gliederte sich in fünf Abteilungen: eine allgemeine, eine pädagogische, eine sozial- und rechtswissenschaftliche, eine naturkundliche und eine krankenpflegerische Abteilung. Das Fächerspektrum war vergleichsweise breit angelegt und ging über die “typischen” Frauenfächer hinaus. So wurde Philosophie unterrichtet, es gab Vorlesungen in Nationalökonomie, in Staats- und Naturwissenschaften.

1916/17 wurde die Hochschule eine Stiftung und damit rechtlich und finanziell vom Verein unabhängig. Der Verein löste sich 1921 auf und vermachte sein Vermögen der Hochschule. Ebenfalls 1921 ging die Hochschule in den Besitz der Stadt Leipzig über und wurde in das “Sozialpädagogische Frauenseminar” überführt.

Beide Frauenhochschulen – in Hamburg und in Leipzig – sind dafür kritisiert worden, dass sie sich Hochschulen nannten. Hochschulen gab es schließlich nur für Männer. Frauen wurde zwar zunehmend der Wunsch nach Ausbildung anerkannt, aber bestenfalls in der Qualität von Volkshochschulkursen. Eine solche Ausbildung führe nach Spranger – einem damals einflussreichen Pädagogen – “im besten Fall zu einem ästhetischen und gefühlsmäßigen Assimilieren seitens empfänglicher Frauen, nicht aber zur wissenschaftlichen Genauigkeit, Durchdringung und Klarheit” (zit. nach Schröder 1991, 90). Nach Schröder hat dieses Sozialpädagogische Frauenseminar in der Form bis mindestens 1932 bestanden. “Es ist nicht festzustellen”, so Schröder weiter, “ob es 1933 aufgelöst wurde oder bis 1945 weiter bestanden hat” (1996, 91).

2.3 Entwicklung des Frauenstudiums in Deutschland

Abgesehen von diesen beiden Versuchen wurde das Universitätsstudium in Deutschland – nach der Aufnahme von Frauen – ausschließlich koedukativ realisiert. Im Gegensatz

beispielsweise zu den USA, wo sich bereits im ersten Drittel des 19. Jahrhunderts private Investoren und Investorinnen dafür einsetzten, Frauen durch eigene Colleges den Zugang zu höherer Bildung zu ebnen (vgl. Kap. 3). Der Weg in Deutschland war hürdenreich und setzte erst Anfang des vergangenen Jahrhunderts ein.

Dem massiven Drängen der bürgerlichen Frauenbewegung ist es zu verdanken, dass Frauen seit 1900 allmählich und schrittweise zum Studium zugelassen wurden. Vorausgegangen war ein zäher Kampf um eine gleichwertige Schulbildung für Mädchen. Als erstes Land verlieh Baden den Frauen das Immatrikulationsrecht, das Schlusslicht bildeten Hessen-Darmstadt, Preußen (1908) und schließlich Mecklenburg (1909). Neben den Hochschulen und Ministerien leisteten insbesondere die Vertreter der berufsständischen Interessen der Mediziner, Juristen und Lehrer Widerstand gegen die Aufnahme von Frauen. Auch wenn immer wieder auf die

angeblich mangelnde Studierfähigkeit von Frauen hingewiesen wurde, ging es vor allem darum, zusätzliche Konkurrenz fernzuhalten¹⁷. Erst 1920 – mit der Zulassung zur Habilitation sowie der Öffnung des Berufsbeamtentums – konnten Frauen eine Hochschul-Lehrerinnenlaufbahn antreten.

Die Entwicklung des Frauenstudiums in Deutschland nahm keinen gradlinigen Verlauf. In der zweiten Hälfte der 20er sowie zu Beginn der 30er Jahre stieg die Zahl der Studierenden beiderlei Geschlechts erheblich an. Die relative Expansion der Studentinnenzahlen kann darauf zurückgeführt werden, dass in den 20er Jahren das höhere Mädchenschulwesen ausgebaut wurde und damit mehr Abiturientinnen zur Verfügung standen.

Kurz nach der Machtübergabe an die Nationalsozialisten wurde im April 1933 das “Gesetz gegen die Überfüllung der deutschen Schulen und Hochschulen” verabschiedet (vgl. Huerkamp 1996). Es sah die Drosselung des Anteils von jüdischen Studierenden auf 5 Prozent sowie der Studentinnen auf 10 Prozent vor. Der sonstige Auslesemodus blieb den Ländern überlassen. In Marburg beispielsweise durfte die Abiturnote durchaus etwas schlechter sein, wenn dagegen “politische Zuverlässigkeit” und “physische Eignung” stimmten. Ab 1937 musste jede Frau, die studieren wollte, eine Haushaltsprüfung ablegen, sogenannte Karriere-weiber waren weitgehend diffamiert. Aufgrund des zunehmenden Akademikermangels wurde der geschlechtsspezifische Numerus Clausus wieder zurückgenommen. Es wurde sogar um Frauen geworben, und im Wintersemester 1943/44 lag der Frauenanteil an den Universitätsstudierenden bei 46,7 Prozent. Diese vorher nie erreichte Präsenz von Frauen an der Hochschule hatte jedoch nichts mit Bestrebungen nach Gleichberechtigung oder Emanzipation zu tun, sondern ist einzig der Tatsache geschuldet, dass die benötigten Nachwuchskräfte aufgrund des Krieges nicht mehr ausreichend bei den Männern rekrutiert werden konnten.

So war es dann auch schnell vorbei mit dem hohen Studentinnenanteil – in der Nachkriegszeit mussten Frauen in der Bundesrepublik erneut staatliche Einschränkungen hinnehmen. Bei der Vergabe von Studienplätzen wurden nun die männlichen Kriegsteilnehmer bevorzugt. Viele Studentinnen mussten jahrelang darauf warten, ihr Studium fortsetzen oder eines beginnen zu können. 1949 betrug ihr Anteil 17,3 Prozent. Die auf die Bestätigung der Geschlechter-differenz angelegte NS-Erziehung wirkte lange in den Familien und in den Universitäten fort. Die Nachkriegsjahre zeichnen sich nach Anne Schlüter (1996, 455) durch einen ausgeprägten Antifeminismus aus, der eine Berufung von Wissenschaftlerinnen – die ja nun theoretisch möglich war – nahezu ausschloss. Die erste größere Nachkriegsuntersuchung (Anger 1960) über die Deutsche Universität belegt die ungeniert abschätzigen Einstellungen männlicher Dozenten gegenüber Studentinnen und vor allem gegenüber den vereinzelt Kolleginnen (vgl. Metz-Göckel 1997, 21). Zu Protesten von Frauen kam es jedoch erst im Gefolge der Bildungsreformen und der sozialen Bewegungen. Im Zuge der studentischen Protest-bewegungen thematisierte die Neue Frauenbewegung die Ausgrenzung von Frauen in der Wissenschaft. Dabei erkannten sich die Frauen als mehrfach ausgegrenzt: zum einen quantitativ, indem Frauen im Lehrkörper so gut wie nicht vorhanden waren, aber auch qualitativ, insofern, als dass Frauen in der Wissenschaft entweder nicht vorkamen oder abwertend, aus “männlicher” Sicht abgehandelt wurden. Als eine Konsequenz daraus organisierte eine Gruppe von Berliner Studentinnen und Dozentinnen 1976 die erste Sommer-universität für Frauen, der noch weitere folgten (vgl. Kap. 4.1).

¹⁷ Das belegt eindrucksvoll u. a. Angelika Wetterer am Beispiel der Rechtswissenschaften. So durften Frauen einige Zeit zwar habilitieren, das berufsqualifizierende Staatsexamen blieb ihnen jedoch versagt (vgl. Wetterer 1994).

3. Eine Selbstverständlichkeit? Womens Colleges in den USA

Eine Geschlechtertrennung im höheren Bildungswesen gibt es nicht nur - zumindest teilweise - in den USA, sondern ist auch in vielen asiatischen und arabischen Ländern aktuelle Praxis. Dabei sind Prestige und Qualifikationsniveau jeweils abhängig vom gesellschaftlichen Status der Frauen (vgl. Metz-Göckel 1997a, 7).

3.1 Historisches zu den Womens Colleges in den USA

Die Tradition der Frauencolleges lässt sich bis ins frühe 19. Jahrhundert zurückverfolgen. Der Ursprung der ersten Bildungseinrichtungen für Frauen ist in der republikanischen Idee begründet, die mit der Unabhängigkeit der Vereinigten Staaten von Amerika einherging. Die republikanische Idee der Gleichheit aller Bürger stellt Bildung in den Mittelpunkt von Demokratie. Die Gründungsgeschichte der Frauencolleges geht zurück auf den Ausschluss der Frauen aus den ehemaligen Universitäten. Sie waren somit Pioniereinrichtungen, indem sie erstmals den Grundgedanken, dass Frauen ebenso wie Männer zu wissenschaftlicher Arbeit befähigt sind, institutionell umsetzten. "Damit traten sie einer – besonders in Europa vorherrschenden – Auffassung entgegen, Frauen seien nicht fähig, wissenschaftlich zu denken und bewiesen durch ihre Kulturleistung das Gegenteil" (Lemke 1995, 12). Die Mehrzahl der Colleges für Frauen wurde in der Zeit zwischen 1837 und 1890 gegründet. Mount Holyoke gilt als das älteste Frauencollege in den USA. Mary Lyon gründete Mount Holyoke bereits 1837 als Lehrerinnenseminar und knüpfte damit an die damaligen Ideen zur Frauenbildung an. Erst 1893 erlangte Mount Holyoke den Status eines Colleges – in der Zwischenzeit waren bereits namhafte women colleges wie Vassar (1861), Wellesley (1875), Smith (1875) sowie Bryan Mawr (1885) etabliert. Zusammen mit Radcliffe (1879) und Barnard (1889) konstituierten sie die *seven sisters*. Die Finanzierungen liefen privat, ebenso wie bei den folgenden Initiativen. Die intellektuelle Emanzipation von Frauen bildete den gemeinsamen Grundgedanken, darüber hinaus folgten die Einrichtungen einem jeweils unterschiedlichen Muster mit unterschiedlichen Strukturen, Curricula und Ausbildungsabschlüssen.

Parallel dazu wurde Ende der 30er Jahre des 19. Jahrhunderts den Frauen in den USA der Zugang zur Hochschulbildung geöffnet. Im Verhältnis zu Deutschland bemerkenswert früh - angesichts der Tatsache, dass hier die Universitäten erst um die Jahrhundertwende ihre Tore für Frauen öffneten (s. o.). Den Frauen wurden jedoch keinesfalls dieselben Möglichkeiten wie den Männern zugestanden. So wurden sie auf geschlechtstypische Inhalte festgelegt, und ihre Ausbildung galt damit als zweitklassig und nachrangig. Als erstes College nahm das konfessionelle *Oberlin College* 1837 Frauen auf. Studentinnen hatten die Aufgabe, ihre männlichen Mitsstudenten bei Tisch zu bedienen, die Räume zu säubern u. ä. (vgl. Kahlert/Mischau 2000, 87). Als ein Motiv für die Zulassung sehen Kahlert/Mischau finanzielle Engpässe, die es zu kompensieren galt, indem man so Personal einsparen konnte (ebd.). Die klassischen Eliteuniversitäten blieben Frauen noch längere Zeit gänzlich verschlossen.

Im Vergleich zu deutschen Frauenbildungskonzepten der damaligen Zeit waren die Lehrpläne der *seven sisters* intellektuell ausgesprochen anspruchsvoll und breit gefächert. Vassar bot typische Fächerkombinationen von alten und neuen Sprachen sowie sozial- und natur-wissenschaftlichen Fächern an; Mount Holyoke behielt die Lehrerinnenausbildung zwar bei, hatte aber auch Mathematik, Philosophie, Geschichte und Chemie im

Angebot¹⁸. Die Ausbildung sollte zu einem rationalen und disziplinierten Denken führen, das sich an den Erfordernissen der Berufswelt orientierte (vgl. Teubner 1997, 215). Teubner betont, dass sich die Frauencolleges seit ihrer Gründung dadurch auszeichnen, “dass sie besonderen Wert auf eine gute Laborausstattung legen. Sie heben sich durch die Weiterentwicklung von Forschungsmethoden im natur- und sozialwissenschaftlichen Bereich hervor und begründen damit eine lange positive Tradition” (a.a.O., 216). Die Frauencolleges beschränkten ihre Inhalte also keineswegs auf die Weiterentwicklung “weiblicher Tugenden”. Das Wellesly College sollte nach der Idee der BegründerInnen neben der Erziehung zu christlichen Werten der Befreiung von weiblicher “Sklaverei” dienen (vgl. Lemke 1995, 12).

Nach der ersten Gründungswelle von Frauenhochschulen lässt sich eine zweite Phase von Gründungen ausmachen, die zwischen 1920 und 1950 zu datieren ist (vgl. Teubner 1997, 216). Die Zahl der Colleges stieg auf über 200 und wurden zu einem festen Bestandteil des US-amerikanischen Hochschulsystems. Darunter gab es immerhin auch einige staatliche Frauencolleges, so z. B. die Texas Woman’s University – nach Kahlert/Mischau eines der größten Frauencolleges überhaupt.

3.2 Eingeholt durch die Koedukation - Women Colleges in der Krise?

In der Literatur wird die Zeit ab 1950 als Phase der Verunsicherung (Kahlert/Mischau 2000, 90), als kritische Phase (Teubner 1997) oder als Wendezeit (Lemke 1995) bezeichnet. Von 2000 Colleges und Universitäten im Jahre 1960 waren 233 Frauencolleges, sie hatten damit einen Anteil von 11, 7 Prozent an den höheren Bildungsinstitutionen der USA. Ihr Anteil sank bis 1986 auf 2, 7 Prozent (90 Einrichtungen), eine aktuelle Übersicht der Women Colleges Coalition weist nur noch 84 Frauencolleges in den USA aus (vgl. Kahlert/Mischau ebd.). Auch der Anteil der Studentinnen, die ein Frauencollege besuchen, ist rapide gesunken: von ehemals 10 Prozent (1960) auf unter 2 Prozent im Jahr 1986. Als Erklärung kommen mehrere Faktoren in Betracht. Zum einen war es den Studentinnen inzwischen möglich, an jeder anderen Hochschule zu studieren; die männlichen Eliteuniversitäten öffneten ihre Tore zu Beginn der 70er Jahre. Mit der Einführung der Koedukation und der generellen Öffnung der Hochschulen für Frauen hatte sich deren Gründungsziel – Frauen den Zugang zu höherer Bildung zu ermöglichen – eigentlich erfolgreich erledigt. Welchen Stellenwert haben Frauencolleges dann im Zeitalter der Koedukation?

Lemke verweist darauf, dass die herkömmlichen Hochschulen seit der Nachkriegszeit erkannten, dass Frauen ein positives Bildungsreservoir bilden und begannen z.T. eine aktive Rekrutierung von interessierten und qualifizierten Studentinnen. Neue Ausbildungsgänge und Forschungsschwerpunkte wurden entwickelt, während auf der anderen Seite die Frauen-colleges bei ihren traditionell bewährten Konzepten blieben. Die Frauencolleges – so Lemke – konnten die Bildungsexpansion der 60er Jahre nicht zu ihrem Vorteil nutzen (1995, 13). Das sich in den 60er Jahren verändernde Frauenbild führte dazu, dass Frauen gleiche Bildungschancen einforderten und den traditionellen Frauencolleges kritisch gegenüberstanden. Die Women Colleges sind in ihrer Mehrzahl keineswegs die Sperrspitze der studentischen Frauenbewegung gewesen. “Sie waren weder in der Bürgerrechts- noch in der Frauenbewegung involviert, Radikalismus lag ihnen fern in einer Phase turbulenter Politik. Bemüht, eine ‘normale’ Institution akademischer Ausbildung zu sein, bewegten sich die Colleges politisch entweder auf konsensualen oder konservativem Boden” (ebd.). Zwar hätten die *seven sisters* die

¹⁸ Zur Entwicklung des Women Colleges Mount Holyoke vgl. Levin (1997).

intellektuelle Emanzipation angeführt, “aber bevor sie die soziale, politische und ökonomische Emanzipation einleiten konnten, ist ihnen das Adrenalin ausgegangen”.

Inzwischen haben jedoch die verbliebenen Women Colleges aufgeholt. Women’s studies gehören heute zum integralen Bestandteil des Lehrprogramms an Frauenhochschulen. In Wellesley beispielsweise wurde 1974 das Frauenforschungsinstitut *Center of Research on Women* gegründet, das sich inzwischen einen landesweit hervorragenden Ruf erwarb.

Zahlreiche Frauencolleges sahen sich allerdings aufgrund der zurückgehenden Bewerberinnenzahlen und finanzieller Schwierigkeiten gezwungen zu schließen, oder ihrerseits den koedukativen Weg einzuschlagen und Männer zuzulassen (von den seven sisters Vassar und Radcliffe). Am Frauencollege Mills streikten die Studentinnen erfolgreich, als 1990 die bereits beschlossene Koedukation umgesetzt werden sollte – “better dead than coed” (Filter 1998, 80).

3.3 Aktuelle Herausforderungen – Women Colleges im Aufwind?

Seit knapp zehn Jahren nun scheint die Geschichte der Frauencolleges in den USA wieder eine Erfolgsgeschichte zu sein. Von Krisen ist nichts mehr zu hören, im Gegenteil: Women Colleges und Erfolg scheinen untrennbar verschmolzen zu sein. JournalistInnen geraten ins Schwärmen, deutsche Professorinnen lassen sich baff erstaunt in tiefe Sessel plumpsen¹⁹, und altgediente Basisdemokratinnen feiern die weibliche Elite. Lemke spricht von einer Renaissance, die die Frauencolleges in jüngster Zeit erfahren: “Im Kontext der pluralistischen Wissenschaftskultur verkörpern Frauencolleges ein ‘kulturelles Kapital’ von Frauen in einer von Männern dominierten Wissenschaftslandschaft, wie sie nicht nur für europäische Länder, sondern auch für die USA charakteristisch ist” (Dies. 1995, 11). Als Gründe für das steigende Interesse werden die *positive role models* durch erfolgreiche Absolventinnen genannt (“Hillary Clinton Factor”), als auch enttäuschende Erfahrungen mit koedukativem Unterricht. Die Frage, welchen Beitrag die Koedukation zur Erreichung von mehr Geschlechtergerechtigkeit leistet, wurde anfang der 90er in den USA breit thematisiert.

Es liegen mittlerweile eine ganze Reihe von Studien vor, in denen die “Produktivität” verschiedener Institutionen der Hochschulausbildung gemessen und ausgewertet werden (vgl. Kahlert/Mischau 2000, 98 ff.). Darin werden u.a. die weiteren Bildungswege der Studierenden verfolgt. Die Frauencolleges können diesbezüglich durchweg hohe “Erfolgsquoten” vorweisen. Die von Kahlert/Mischau untersuchten Studien zeigen, dass die Absolventinnen der Frauencolleges “weitaus häufiger als Studentinnen/Absolventinnen aus koedukativen Einrichtungen nach dem Bachelor-Abschluss (d.h. dem Undergraduate-Studium) eine weitere wissenschaftliche Qualifikation wie z. B. den Magister-Abschluss oder gar den Dokortitel anstreben, daß sie erfolgreicher im Berufsleben sind und weitaus häufiger in sogenannte nichttraditionelle Bereiche und Berufsfelder (also in die Naturwissenschaften, Mathematik, Technik oder Ingenieurwissenschaften) eindringen und dort auch Karriere machen” (Dies. 2000, 101f.). Diese Ergebnisse unterstützen die Thesen, die von Teubner u.a. im Rahmen der aktuellen Koedukationsdebatten aufgestellt werden (s.o.) und bekräftigen die Forderungen nach monoedukativen Bildungsmöglichkeiten für Frauen, insbesondere im naturwissenschaftlich-technischen Bereich. Als ein Resultat

¹⁹ So Sigrid Metz-Göckel bei ihrem Aufenthalt in Wellesley. Vgl. Dies.: Eine Deutsche zu Besuch in Wellesley. In: Emma Nr. 1/1998.

dieser Erkenntnisse sind in einigen deutschen Fachhochschulen Frauenstudiengänge eingerichtet worden bzw. befinden sich in Planung²⁰.

Trotzdem darf natürlich nicht übersehen werden, dass sich die US-amerikanische Hochschulstruktur wesentlich von der bundesdeutschen unterscheidet. Bis heute sind fast alle Frauencolleges private Hochschulen, die sich durch Stiftungen, Spenden, Einnahmen aus Kapital- und Grundbesitz sowie Studiengebühren finanziell tragen. In Wellesley beispielsweise betragen die Studiengebühren knapp 30000 Dollar jährlich (Metz-Göckel 1999). Zwar wird immer wieder hervorgehoben, dass zum Ausgleich der dadurch forcierten sozialen Schieflage zahlreiche Stipendien zur Verfügung gestellt würden. Letztlich verfehlen derartige Gebühren aber auch in den USA ihre selektierende Wirkung nicht und tragen dazu bei, dass Bildung nicht als gesellschaftliches und für alle zugängliches Gut betrachtet wird, sondern als Dienstleistung, deren Kosten individuell getragen werden müssen. Beim neidvollen Blick auf die elitären Frauencolleges in den USA muss immer reflektiert werden, dass eine Übernahme zwar ggf. mehr Frauen den Weg in höhere gesellschaftliche Positionen eröffnen könnte, dass jedoch auf der anderen Seite andere Ausschlussmechanismen entlang von Schichten forciert würden.

4. Die Idee von Frauenhochschulen in Deutschland

4.1 Alle sollen alles wissen – Eine Sommeruniversität der Frauen

Als erster Ansatz in der Bundesrepublik, eine Hochschule nur für Frauen zu denken, kann die Sommeruniversität der Frauen in Berlin von 1977 gelten. Ihre Wurzeln trägt sie in der Neuen Frauenbewegung, die im Rahmen der – aber auch in Abgrenzung zur – studentischen Protestbewegung in den 60er Jahren entstand.

Im Dezember 1967 entstand in einer Berliner Küche die erste (west)deutsche Frauengruppe: Frauen aus dem Berliner SDS (Sozialistischer Deutscher Studentenbund)²¹ beschlossen dort die Einberufung einer Frauenvollversammlung an der Freien Universität Berlin (vgl. Nienhaus 1998, 84). Im Januar 1968 schließlich wurde der “Aktionsrat zur Befreiung der Frau” gegründet:

“Wir hatten keine Lust mehr, zu Hause zu bleiben, Kindererziehung und Hausarbeit zu machen, die Reden zu tippen, Flugblätter zu verteilen, den Kaffee zu kochen, auf den Versammlungen den theoretischen Höhenflügen der Genossen zu folgen, die Pille täglich in uns reinzustoßen und die Abtreibung zu ertragen. Am meisten betroffen waren die Mütter im SDS, und die ergriffen auch die Initiative zur Gründung des Aktionsrats” (Ingrid Schmidt-Harzbach, zit. nach: Nienhaus 1998, 86).

Wenn auch die Hochschule zunächst Ausgangspunkt der Bewegung war, so haben Hochschul- und Wissenschaftspolitik zunächst eine untergeordnete Rolle gespielt. Im Zentrum standen vielmehr der Abtreibungsparagraph 218, Gewalt gegen Frauen und die Unsichtbarkeit der Hausfrauenarbeit. Die Politik der Neuen Frauenbewegung zielte auf eine Politisierung des (weiblichen) Alltags. In der Kritik stand die bürgerliche Trennung einer öffentlichen und einer privaten Sphäre, nach der die Frau als für das “Private” zuständig definiert wird (Haushalt, Familie), während der Mann für den “öffentlichen” Bereich zuständig ist (Erwerbsarbeit,

²⁰ So ist an der FH Darmstadt ein “Frauenfachbereich Informatik” in Planung, an der FH Wilhelmshaven existiert bereits ein “frauenspezifisches Studium zur Diplomwirtschaftsingenieurin” und die FH Bielefeld bietet ein “Frauenstudium Energieberatung und -marketing” an. Einen kommentierten Überblick bieten Kahlert/Mischau (2000, 131ff.).

²¹ Zur Politik des SDS sowie insgesamt einfürend zu studentischer (Hochschul-)Politik vgl. Kiel (2000).

Politik). Diese Trennung, die selbst schon eine Herrschaftsausübung bedeutet, hat zur Folge, dass der sogenannte private Bereich unsichtbar bleibt und gesellschaftlich somit einen geringen Stellenwert spielt. Mit der Parole *das Private ist politisch* sollte die Ausklammerung und Degradierung des Nichtöffentlichen aufgebrochen werden. Frauen begannen erstmals kollektiv über private Erfahrungen zu diskutieren und diese zu einem politischem Thema zu machen (wie z.B. häusliche Gewalt gegen Frauen).

Ab Mitte der 70er begann die Rückbesinnung von feministischen Hochschulfrauen auf die Hochschulen selbst. Wissenschaftlerinnen entdeckten, dass die "objektiven" Wissenschaften die Probleme und Themen von Frauen unterschlugen. Die "Frauenthemen" sollten nicht nur politisiert, sondern auch wissenschaftlich bearbeitet werden. Um dieses umzusetzen, wurden zunächst eigene, autonome Frauenseminare durchgeführt. Dozentinnen und Studentinnen erforschten "ihre" Themen und erprobten gleichzeitig neue, nichthierarchische Lern- und Lehrformen. 1976 organisierte eine Gruppe von Berliner Dozentinnen und Studentinnen eine Sommeruniversität für Frauen mit dem Titel "Frauen und Wissenschaft". Den Veranstalterinnen war dabei der Zusammenhang zur außeruniversitären Frauenbewegung sehr wichtig, sie verstanden sich selbst als Bestandteil der Frauenbewegung und wollten deren Fragestellungen, Inhalte und Forderungen in die Hochschulen hineinbringen. "Wir wollten hier das realisieren, was wir in der Frauenbewegung erfahren hatten: daß das Persönliche auch politisch – und wissenschaftlich! – ist und daß wir gemeinsam stark sind" (Bock 1977, 16).

Dieser ersten Sommeruniversität folgten noch weitere. Sie waren Massenveranstaltungen der Frauenbewegung, gleichzeitig legten sie die Basis für die heute teilweise etablierte "andere Wissenschaft", für die Frauen- und Geschlechterforschung und die Überlegungen eigener Frauenhochschulen und Frauenforschungseinrichtungen (vgl. Nienhaus 1998, 114). Dem egalitären Selbstverständnis der Frauenbewegung entsprechend waren die Sommeruniversitäten für alle Frauen offen und sollten allen Frauen etwas bieten: Akademikerinnen ebenso wie Arbeiterinnen, Erwerbslose, Hausfrauen etc. Wissenschaft und Forschung sollte gerade nicht im Elfenbeinturm stattfinden. "Unsere Losung war: *Alle sollen alles wissen*", so Frigga Haug (1996, 192). Inhaltlich standen Themen wie Hausarbeit, Gewalt in der Familie, das Abtreibungsverbot, die Diskriminierung von Lesben u.v.m. im Vordergrund. Die Sommeruniversität sollte ein Angriff auf die herrschende Wissenschaft sein, "die es, was uns betrifft, mit der Wahrheit nie sonderlich ernst genommen hat" (Bock 1977, 17):

"Wir wollen nicht nur die akademische Wissenschaft um einen sogenannten Frauenaspekt additiv ergänzen, wir wollen nicht nur Forschungslücken erst entdecken und dann ausfüllen. Wir wollen mehr als nur Objekt und Subjekt der Wissenschaft sein: wir wollen sie und die Gesellschaft verändern. Radikal" (a.a.O., 18).

Die Idee der Berliner Sommeruniversität wurde von Feministinnen in anderen Universitätsstädten aufgenommen. 1979 fand in Dortmund das erste *Frauenforum im Revier* statt, ebenso wie die Sommeruniversität als Veranstaltungswoche nur für Frauen konzipiert, mit einem Kultur- und Aktionsprogramm. Schon der Titel zeigt eine noch größere Distanz zu den etablierten Wissenschafts- und Hochschulstrukturen. Zwar beziehen sich die Organisatorinnen direkt auf die Sommeruniversitäten in Berlin, es war aber von Anfang an klar, "daß es keine Universität für Studentinnen und Akademikerinnen werden, sondern an den Interessen aller Ruhrgebietsfrauen anknüpfen sollte" (Dokumentationsgruppe 1982, 2). Eine weitere Einrichtung, die auf die Idee der Sommeruniversität in Berlin zurückgeführt werden kann, ist die *Offene Frauenhochschule* in Kassel. Seit 1986 gehört sie zu den regelmäßig wiederkehrenden Veranstaltungen der Gesamthochschule Kassel²². Sie knüpft an die Neue Frauenbewegung an und betont den "spezifischen Brückenschlag zwischen der Universität

²² Die offene Frauenhochschule Kassel findet in jedem zweiten Jahr - meist im März - an der GHK statt.

und der Öffentlichkeit” (Gildemeister 1996, 9). Die Offene Frauenhochschule ist dabei nicht explizit an wissenschaftlichen Disziplinen orientiert, sondern an einem allgemeinen, umfassenden Wissenschaftsbegriff, der in der Tradition der Aufklärung verankert ist. Frauenforschung soll aus den Bedürfnissen der politischen Bewegung der Frauen heraus entwickelt werden und auf diese zurückwirken: “Beide – Frauenforschung und Frauenbewegung – verfolgen das Ziel der ‘Emanzipation der Frauen’, der Aufhebung sozialer Ungleichheit und Ungerechtigkeit im Geschlechterverhältnis” (ebd.). Die Offene Frauenhochschule geht auf die Initiative studentischer Frauenlesbengruppen zurück. Sie ist inzwischen als Bildungsurlaub anerkannt und wird jeweils durch ein Rahmenprogramm ergänzt, so u. a. Ausstellungen, Filmvorführungen oder Lesungen.

4.2 Konzepte und Initiativen seit den 80ern

4.2.1 *Das Manifest der Frauen und die Hochschule der Frauen*

Seit Ende der 80er Jahre existiert in Nordrhein-Westfalen ein wissenschafts- und hochschulpolitisch aktiver Arbeitskreis. 1989 legten sie ein “Manifest der Frauen und die Hochschule der Frauen” vor. Der Arbeitskreis Wissenschaftlerinnen NRW verstanden ihr Manifest als Reaktion auf die aktuelle Entwicklung einer Hierarchisierung im Hochschulbereich. Nach Kahlert/Mischau kann das Manifest “als erster öffentlicher Diskussionsbeitrag aus der ‘neuen’ Frauenbewegung angesehen werden, in Deutschland eine Frauenhochschule zu gründen” (2000, 154). Hochschulkritik und feministische Wissenschaftskritik bilden die Grundlage. An der Hochschule für Frauen soll gestritten werden um “Forschungsziele und Methoden; Lehre, Lernen und Prüfungen; Arbeitsorganisation (und) soziale Verkehrsformen” (Manifest). Ähnlich wie bei einem *studium generale* soll es nach Meinung des Arbeitskreises ein umfassendes Grundlagenstudium geben, “um die gegenseitig sich bedingenden wirtschaftlichen, sozialen und politischen, kulturellen und historisch gewordenen Abhängigkeiten in der Welt und die Komplexität von Problemlösungsstrategien zu erkennen” (ebd.). Das Studium soll in sieben Projektbereichen organisiert werden und zwar:

- Grundlagen und Bedingungen der Gesellschaft
- Ökologie und Ökonomie
- Kultur und Ideologie
- Sozialisation und Bildung
- Erfahrung und Theorie
- Natur und technologische Entwicklungen
- Kreativität und Kunst.

In einem späteren Abschnitt bezeichnen die Wissenschaftlerinnen ihre Hochschule als “die Technische Universität der Frauen”. Sie fordern die Abkehr von patriarchalen und kapitalistischen Prägungen: “Friedensforschung statt militärische Forschung; Entwicklungen neuer umweltschonender Ressourcen statt Umweltzerstörung; Gleichberechtigung in Vielfalt statt formale Gleichheit in Einheit” (ebd.). Damit stellt sich der Arbeitskreis Wissenschaftlerinnen NRW eindeutig in die Tradition der Differenztheoretikerinnen, wie sie ähnlich auch im Ansatz des Arbeitskreises *Frauen, Technik, Zivilisation* vertreten wird. XXX

4.2.2 *Die Technische Universität der Frauen Europas*

Das Konzept der Technischen Universität der Frauen Europas geht zurück auf eine 1990 verfasste Denkschrift für eine andere Zivilisation. Erstellt wurde sie von einem Arbeitskreis *Frauen, Technik, Zivilisation*, den die

Essener Soziologin Doris Janshen initiiert hatte. *Hat die Technik ein Geschlecht?* – so der Titel der Denkschrift und die Antwort der Autorinnen lautet *ja* (vgl. Kap. 1.2). Als Begründung für eine eigenständige Frauenhochschule mit dem Schwerpunkt Technik dient Janshen zum einen eine massive Zivilisationskritik und zum anderen die Tatsache, dass Frauen jahrhundertlang von einer verantwortlichen Mitgestaltung ausgeschlossen waren. Von einer Technischen Hochschule nur für Frauen erhoffen sich die Verfasserinnen der Denkschrift eine “Weichenstellung” in der Wissenschaft, die Etablierung und Institutionalisierung von neuen Zielen u.a. der Technikentwicklung und einem veränderten beruflichen Habitus. “Solange Frauen und Männer in unseren europäischen Gesellschaften auf differierende Werte und Verhaltensmuster sozialisiert sind, solange sind wir der Überzeugung, daß es eher Frauen sind, die wir auf eine sozialverträgliche Zivilisation verpflichten können” (Janshen 1996, 70). Die Frauenuniversität orientiert sich an einem alternativen Wissenschaftsverständnis, das wissenschaftskritische Elemente der Friedens-, Frauen- und Ökologiebewegung der 70er Jahre aufgenommen hat.

In ihrer Beschreibung der künftigen Frauenhochschule nennt Janshen vier Forschungsschwerpunkte: Im ersten Schwerpunkt *Macht, Waffe und Geschlecht* soll das Problem von Konversion und Reversion erforscht werden. Dabei sollen die Wissenschaftlerinnen soziale Verfahren der Konfliktlösung weiterentwickeln. “Die Kritik an der destruktionsstüchtigen modernen Wissenschaft hat dazu geführt, (...) die Förderung des Lebendigen zu favorisieren” (a.a.O., 72). Diese grundsätzliche, militärkritische Haltung durchzieht auch die weiteren Forschungsschwerpunkte. Als zweiten nennt Janshen *Kreisläufe und Entsorgung von patriarchalen Altlasten*. Dort soll es um den “Wechsel von Tod und Geburt, von Werden und Vergehen, von Genese und Metabolismus” gehen (ebd.). Der dritte Forschungsschwerpunkt – *Neue Zivilisation* – ist dagegen zukunftsorientiert angelegt, “indem technische und antitechnische Perspektiven für die Zeit nach der Jahrtausendwende projiziert werden” (ebd.). Hier soll u. a. das diskutiert werden, was bisher unter den Stichwörtern Technologiepolitik, Technikfolgenabschätzung und “nachhaltige Entwicklung” diskutiert wurde. Der vierte Forschungsschwerpunkt hat den Titel *Arbeitsformen, Arbeitsnormen und Innovation*. Er reflektiert, dass die Gestaltung von Arbeit für die Gesellschaft selbst von hervorragender Bedeutung ist. Neue Kriterien der Arbeitsproduktion sollen entwickelt werden, die “die Orientierung auf neue Produkte und einen veränderten Einsatz von Technik und Naturwissenschaft” implizieren (a.a.O.,74).

Das Aufbaukonzept der Technischen Frauenuniversität ist bewusst unkonkret und offen gehalten. Im Vordergrund stehen die Forschungsfragen und -inhalte, die Studiengänge sollen sich daran orientiert entwickeln. Als zentrales Merkmal nennt Janshen die Einrichtung von transdisziplinären Mischstudiengängen. Geistes-, Sozial-, und Technikwissenschaften sollen miteinander vermittelt werden, was nach Janshen “der Doppelbegabung von Ingenieurinnen und Naturwissenschaftlerinnen sehr entgegen” kommt (a.a.O., 75). Die Lehre soll projektorientiert sein, die Organisation insgesamt “transparent und demokratisch” (ebd.).

Kahlert/Mischau kritisieren an diesem Konzept die differenztheoretische Fundierung und die Nähe zu konservativen Weiblichkeitsvorstellungen. Frauen werden “einmal mehr auf bestimmte positive Eigenschaften” festgeschrieben (2000, 166f.).

4.2.3 Der Förderverein Virginia Woolf Frauenuniversität

Der Förderverein wurde 1993 auf Initiative von Erika Riemer-Noltenius gegründet und verfolgt das Ziel, “eine Universität nur für Frauen ins Leben zu rufen”. Zu den Gründungsmitgliedern gehörten Frauen aus “unterschiedlichen Generationen, Wissenschaftsrichtungen und Berufen und sie hatten je nach Alter und

Studienrichtung ihre eigenen Erfahrungen mit patriarchalen Wissenschaften und Institutionen gemacht” (Bubenik-Bauer 1999, 137). Unter den Essentials einer künftigen Frauenuniversität sehen die Vereinsfrauen nicht nur die Interdisziplinarität, sondern auch, “dass generell alle Probleme unter femini-stischen Gesichtspunkten anzugehen sind” (a.a.O., 139f.). Das Studium soll mit einem zweijährigen Studium Generale beginnen, damit alle Beteiligten über ein Grundlagenwissen verfügen, das sie dazu befähigt, das sich anschließende themenorientierte, fächerübergreifende Projektstudium “ohne blinde Flecken” (ebd.) zu absolvieren. Weitere Bestandteile sollen ein direkter Praxisbezug sein, die Förderung der Persönlichkeitsentwicklung und die Etablierung einer hierarchiefreien Organisationsstruktur. Der Förderverein hat das Konzept der Virginia-Woolf-Universität in dreizehn Thesen umrissen (vgl. Bubenik-Bauer 1999, 145f. sowie die leicht gekürzte Fassung in Kahlert/Mischau 2000, 175f.):

1. Die Frauenuniversität soll alle Fächer auf der Grundlage unterschiedlicher feministischer Sichtweisen und Theorieansätze anbieten und keine Frauenforschung betreiben, die Frauen zum Objekt macht.
2. Ansätze feministischer Ethik und Moral sind unerläßlicher Bestandteil aller Themenbereiche in Lehre und Forschung.
3. Auf die Verknüpfung von Theorie und Praxis wird großer Wert gelegt. Forschung und Lehre sollen immer einen Praxisbezug haben.
 1. Lehre wird der gleiche Raum wie Forschung eingeräumt. Die Lehrbefähigung ergibt sich nicht zwingend aus akademischen Abschlüssen.
 2. Integraler Bestandteil der Frauenuniversität sind kontroverse Diskussionen, die mit Humor, Witz und Spaß geführt werden, und die Wissen und Selbstbewußtsein fördern.
 3. Hierarchische Strukturen soll es an der Frauenuniversität nicht geben. Arbeits- und Entscheidungsstrukturen folgen demokratischen Prinzipien.
 4. An der Frauenuniversität werden nur Studentinnen, Professorinnen und kompetente Frauen ihren Arbeitsplatz haben. Es gibt keine Altersbegrenzung für lehrende und lernende Frauen. Ziel des Studiums ist eine qualifizierte Berufsausbildung und die Förderung der Persönlichkeitsentwicklung.
 5. In der Regel gelten das Abitur sowie vergleichbare Bildungs- und Ausbildungsabschlüsse als Voraussetzung zu Studium an der Frauenuniversität. Das Studium soll mit einem zweijährigen Studium Generale beginnen, auf das ein themenorientiertes, fächerübergreifendes Projektstudium mit Praxisbezug folgt.
 6. Sozial, gesundheitlich und kulturell benachteiligte Frauen sind zumindest entsprechend ihrem Bevölkerungsanteil aufzunehmen.
 7. Alle Arbeitsräume der Frauenuniversität wie z. B. Bibliothek und Labore sollen zeitlich intensiv genutzt werden und internationalen Ansprüchen genügen.
 8. Architektonisch muß die Frauenuniversität ökologischen Ansprüchen genügen, behindertengerecht und frauenfreundlich sein, sowie die Bedürfnisse der Kinder berücksichtigen.
 9. Die Finanzierung der Frauenuniversität soll vorwiegend aus öffentlichen Mitteln erfolgen.
 10. Die staatlich anerkannten Studienabschlüsse sollen in der Europäischen Union gültig sein.

4.2.4 Internationale Frauenuniversität “Technik und Kultur” im Rahmen der Expo 2000

Die Internationale Frauenuniversität (*ifu*), die vom 15. Juli bis zum 15. Oktober 2000 am Rande der Weltausstellung Expo in Hannover durchgeführt wurde, ist eng mit dem Namen ihrer Präsidentin – Ayla Neusel – verknüpft. Neusel hatte sich bereits 1990 in die Debatte um eine Frauenhochschule eingebracht und vor einem

zu hohen emotionalen Aufwand gewarnt. Ihr Modell einer Frauenuniversität will sie verstanden wissen als "eine Antwort auf die feministische Hochschulkritik, ein Versuch, eine andere Hochschule zu gestalten. Mehr nicht!" (1990, 65). An der Gesamthochschule Kassel entwickelte Neusel ein Konzept für eine Frauenuniversität, die explizit als 'Elite'-Hochschule für Frauen gedacht ist (vgl. Wetterer 1993, 189). Zahlreiche der bereits damals formulierte Punkte tauchen im Konzept der Internationalen Frauenuniversität wieder auf.

Träger der *ifu* war ein als gemeinnützig anerkannter Verein "Internationale Frauenuniversität", der im Juli 1997 in Hannover gegründet wurde. Die Initiative ging von der *Niedersächsischen Kommission zur Förderung der Frauenforschung in Naturwissenschaften, Technik und Medizin* aus, deren Vorsitz Ayla Neusel inne hatte. Die Kommission wurde von der Niedersächsischen Landesregierung berufen, die mit der Unterstützung der *ifu* als Landesprojekt der Weltausstellung Expo 2000 in Hannover deren Empfehlungen folgte. Die *ifu* bot von Juli bis Oktober 2000 für 900 Teilnehmerinnen aus aller Welt ein Lehr- und Forschungsprogramm sowie projektübergreifende Veranstaltungen. Im März 1998 wurde in Hannover unter Leitung von Ayla Neusel eine Geschäftsstelle eingerichtet, seit dem 30. März 1999 ist die Internationale Frauenuniversität als "*ifu GmbH*" institutionalisiert. Das Land Niedersachsen und der Verein Internationale Frauenuniversität e.V. sind die Gesellschafter. Das Projekt wird finanziell unterstützt von den Bundesländern Niedersachsen und Hamburg, von der Bundesregierung, von der Europäischen Union sowie von verschiedenen Stiftungen und Sponsoren (vgl. Kahlert/Mischau 2000, 183).

Inhaltlich fußte die *ifu* auf einem Bericht, den die niedersächsische Kommission im Januar 1997 vorgelegt hat: *Berichte aus der Frauenforschung – Perspektiven für Naturwissenschaften, Technik und Medizin*. In diesem Bericht leisten die Autorinnen zunächst eine Bestandsaufnahme und formulieren daran anschließend fünf Projektthemen, zu denen interdisziplinär Frauenforschung betrieben werden solle. Die vorgeschlagenen fünf Bereiche – Wasser, Intelligenz, Information, Körper und Stadt - ergänzten die Organisatorinnen der *ifu* um die Bereiche Arbeit und Migration. Das Projektthema Intelligenz konnte aufgrund personeller Engpässe nicht umgesetzt werden, sodass die *ifu* thematisch sechs Projektbereiche bearbeitet hat²³.

Als Leitideen für die *ifu* sind in einem Flyer folgende Punkte benannt: Internationalität, Interdisziplinarität, Intermedialität, feministische Orientierung sowie die Analyse der Wechselwirkungen zwischen Wissenschaftsentwicklungen und gesellschaftlichen Veränderungen.

Bewerben konnten sich Akademikerinnen, die bereits einen Abschluss mit gut oder sehr gut hatten. Darüber hinaus wurden nachweisbare Englischkenntnisse verlangt, ebenso ein Gutachten, eine Projektskizze und schließlich ein erkennbarer Bezug zur Frauen- und Geschlechterforschung²⁴. Geplant war zunächst ein individuelles Zulassungsverfahren. In Einzelgesprächen sollten Motivation und Eignung geprüft werden. Vermutlich aufgrund der geringen Bewerberinnenzahlen wurde darauf jedoch verzichtet. Die Studienplätze sollten hinsichtlich der Herkunftsländer quotiert vergeben werden. Ein Drittel der Plätze sollte Studentinnen aus den sogenannten Entwicklungsländern zur Verfügung stehen, ein Drittel für Bewerberinnen aus anderen Industrieländern sowie Osteuropa und der GUS und ein Drittel für Studentinnen aus Deutschland. Die Studierenden mußten eine Gebühr in Höhe von 600 DM bezahlen. Geleitet wurde die *ifu* von einem Präsidium, das aus den Dekaninnen der sechs Projektbereiche, der Präsidentin Ayla Neusel sowie der Kanzlerin zusammengesetzt war. Zusätzlich gab es einen Hochschulrat, der international besetzt sein sollte mit maximal 15 Vertreterinnen und Vertretern aus den Bereichen Wissenschaft, Politik, Wirtschaft, Medien und Kultur. Darüber

²³ Eine Beschreibung der Projektbereiche findet sich u. a. in Neusel (1997).

hinaus waren Vertreterinnen aus (alternativen) gesellschaftlichen Institutionen und Verbänden (NGOs) als Mitglieder vorgesehen.

Was nicht vorgesehen war, – und hier setzt die Kritik zahlreicher feministischer (Hochschul-) Politikerinnen an – sind Mitbestimmungsmöglichkeiten für diejenigen, die an der Hochschule selbst beteiligt sind. So gab es keine Interessenvertretung von Studierenden und auch den wissenschaftlichen Mitarbeiterinnen wurden strukturell keine Mitspracherechte eingeräumt²⁵. Die *ifu* als Hochschule war somit nahezu demokratiefrei und autoritär organisiert (vgl. Kap. 5).

Diese “neoliberale” Hochschulstruktur ist bereits Anfang 1998 kritisiert worden (vgl. Nohr 1998) und ist auch aktuell thematisiert worden (vgl. z.B. Bischof 2000). Kritikerinnen werfen den Organisatorinnen frauenspezifische Eliterekrutierung vor. Ayla Neusel ficht das nicht an – im Gegenteil: Ziel sei es gerade, bei der *ifu* die Elite von morgen zu versammeln²⁶.

Verteidigerinnen der *ifu* wenden ein, dass sie zwar ebenfalls Demokratiedefizite bemängeln, dass es jedoch falsch sei, diese gerade bei einem solchen frauenpolitischen Projekt hervorzuheben. Darüber hinaus wird die feministische Perspektive und die Internationalität, die im Kontrast zu den herkömmlichen bundesdeutschen Hochschulen realisiert wird, als prioritär hervorgehoben.

Fraglich ist allerdings, inwieweit die feministischen Inhalte innerhalb geradezu antifeministischer Strukturen realisiert werden können. Das wirft grundsätzlich die Frage darüber auf, was heute unter “feministisch” verstanden werden kann.

“Was ist progressiv daran, heroische Kampagnen für die Aufnahme von Frauen in die Sozialstruktur und Themen der Wissenschaft zu organisieren, wenn die Legitimität der sozialen Hierarchie in den Wissenschaften und deren politisch regressiven Programme bestehen bleiben?”, diese Frage stellt sich und ihren Leserinnen Sandra Harding, eine feministische Wissenschaftlerin aus den USA (1994, 70). Zunächst ist man angesichts der Kontrastierung der Westberliner Sommeruniversität mit dem Hochschulmodell der *ifu* geneigt, diese – vermutlich rhetorisch gemeinte – Frage mit einem “nichts” zu beantworten. Auf der anderen Seite muss man sich aber auch die Frage stellen, ob die Forderung nach der gleichberechtigten Teilhabe von Frauen an gesellschaftlichen Macht- und Entscheidungspositionen immer “progressiv” sein muss. Das Einklagen gleicher Rechte für Frauen und die Forderung nach deren gleichberechtigter Teilhabe bedarf m. E. keiner weiteren Begründung. Es ist ein Wert an sich und darf nicht eingeschränkt werden. Auch dann nicht, wenn es darum geht, Frauen die Teilhabe an “unprogressiven” Positionen zu ermöglichen.

Eine weitere Kritik an der *ifu* bezieht sich auf deren Einbindung in die Weltausstellung Expo. Kritikerinnen haben herausgearbeitet, dass die Konzepte, die bei der Expo zur Problemlösung präsentiert werden, patriarchal geprägt sind. Barbara Duden – bei der *ifu* als Dekanin für den Projektbereich *Körper* zuständig – kritisiert beispielsweise das Konzept der Expo zum Thema “Gesundheit” nicht nur als frauenfeindlich, sondern generell als “unmenschlich” (Duden 2000, 31). Gen- und Computertechniken werden gefeiert, ohne zu berücksichtigen, dass Frauen dabei nur allzu oft die Zielscheibe sind. Als Stichworte sei hier nur auf Sterilisationsprogramme als bevölkerungspolitische Strategie und auf die Präimplantationsdiagnostik verwiesen (vgl. Bischof 2000 und die dort angegebene Literatur). Auch der Kongress von Frauen in Naturwissenschaft und Technik hat sich bereits 1997 sehr deutlich in einer Resolution gegen die Expo positioniert. In einer 1998 verabschiedeten Resolution zur

²⁴ Vgl. das Interview mit Corinna Genschel und Christine Löw im Anhang.

²⁵ Vgl. Genschel/Löw.

²⁶ so z.B. in der Hannoverschen Allgemeinen Zeitung vom 04. 11. 1998.

ifu kritisieren sie u. a. deren Anbindung an die Expo 2000, weil das “faktisch eine Unterstützung dieser zutiefst patriarchalen, ökologischen und sozial katastrophalen Selbstbeweihräucherung der herrschenden Eliten” bedeutet (Brillant e.V. (Hg.) 1998, 458). Teilnehmerinnen der *ifu* kritisieren zwar auch z.T. die Expo, schätzen die Anbindung der *ifu* jedoch wesentlich undramatischer ein. Unter strategischen Gesichtspunkten kann die Anbindung durchaus nachvollziehbar sein. Und faktisch hat es zur Expo kaum Verbindungen gegeben – mal abgesehen davon, dass die *ifu* Gelder von der Expo bekommen hat, wie zahlreiche andere Projekte auch (vgl. das Interview im Anhang).

4.3 Kritik

Die Diskussion über Sinn und Unsinn von Frauenhochschulen bzw. über deren inhaltliche und organisatorische Ausgestaltung ist immer überlagert durch den Konflikt zwischen Differenz- und Gleichheitstheoretikerinnen²⁷. Niemand geht derzeit von einer faktischen Gleichheit der Geschlechter aus. Zu offensichtlich ist die geschlechtsspezifische Rollenverteilung, die Diskriminierung von Frauen im Erwerbsleben, deren Unterrepräsentanz in hohen politischen Ämtern etc. Diese derzeit (noch) empirisch feststellbaren Unterschiede beantworten jedoch nicht die Frage, ob Frauen prinzipiell anders sind als Männer. Differenztheoretikerinnen gehen “von einer grundsätzlichen Wesensverschiedenheit von Frauen und Männern aus, von unterschiedlichen Eigenschaften, Fähigkeiten und Potentialen. Sie unterscheid(e)n sich vom patriarchalen Differenzkonzept vor allem in der Bewertung von Weiblichkeit und in den Konsequenzen, die sie aus dieser Verschiedenheit zieh(en)” (Cordes 1996, 23). Gleichheits-theoretikerinnen und Dekonstruktivistinnen gehen davon aus, dass Frauen und Männer prinzipiell gleich sind und die Unterschiede durch die patriarchale Struktur der Gesellschaft hervorgebracht werden. In den 70er Jahren entwickelten Gleichheits-anhängerinnen das Begriffspaar *sex/gender*, mit dem sie verdeutlichen wollten, dass es zwar Unterschiede im biologischen Geschlecht (*sex*) gibt, die geschlechtsspezifischen Zuschreibungen und Zuständigkeiten (*gender*) davon jedoch unabhängig sind. D. h., dass das sogenannte typisch weibliche Verhalten ausschließlich gesellschaftlich geprägt und damit auch veränderbar ist. Dekonstruktivistinnen haben diese Position dahingehend radikalisiert, dass sie auch die Kategorie *sex* als gesellschaftlich geformt betrachten und der Zweigeschlechtlichkeit jegliche biologische Grundlage absprechen.

Aus den verschiedenen theoretischen Grundüberzeugungen resultieren verschiedene politische Strategien und Konzepte. Auch wenn die Initiatorinnen der Technischen Universität Europas und der Virginia-Woolf-Universität explizit bestreiten, Frauen prinzipiell als die besseren Menschen zu betrachten, lassen sich in beiden Konzepten differenztheoretische Eckpfeiler finden. Besonders plakativ geschieht dieses im Konzept von Doris Janshen (s. o.). Die *ifu* dagegen ist stark von dekonstruktivistischen Debatten geprägt. Sie soll ein Experiment

²⁷ In diesem Grundkonflikt ist auch die Debatte um die Aufnahme von Frauen in die Bundeswehr verhaftet. Wer von einer grundsätzlichen Gleichheit der Geschlechter ausgeht, kann schwer Argumente gegen eine Gleichbehandlung auch in militärischen Bereichen aufbringen. Wer allerdings davon ausgeht, dass Frauen – warum auch immer – friedfertiger, weniger aggressiv und besonders schützenswert sind (also Differenzen zugrundelegt), sperrt sich gegen deren Aufnahme. Interessant ist bei der Debatte, dass die Pro- und Kontrapositionen quer durch die klassische Rechts-/Linkskonfrontation verläuft. So stehen in ihrem Nein zu Frauen in der Bundeswehr CSU-PolitikerInnen an der Seite von PDS-Politikerinnen. Die Argumentationen sind zwar sehr unterschiedlich, zugrundeliegt jedoch letztlich bei beiden die Vorstellung, dass Frauen generell aufgrund ihres “Andersseins” bestimmte, aus extrem “männlich” apostrophierte Bereiche ausgeschlossen bleiben müssen – unabhängig vom Wunsch der einzelnen Frau.

sein, dass die Chance bietet, der Zweigeschlechtlichkeit “zu entkommen”. Der Bezug auf das Geschlecht dient dem Zweck, die Kategorie Geschlecht zu überwinden (“paradoxe Intervention”). Auch wenn dieser inhaltliche Aspekt m. E. sehr begrüßenswert ist, so hat die *ifu* andere, massive (Demokratie-) Defizite in der Hochschulstruktur aufzuweisen. Diese Demokratiedefizite sind nicht als versehentlich oder als zufällig zu betrachten, sondern passen in die aktuelle Debatte um die künftige Ausrichtung und Organisation von Hochschule und Bildung. In dem bereits zitierten Flyer zur *ifu* ist zu lesen, dass die Internationale Frauenuniversität die Chance eröffnet,

- “eine andere Hochschulstruktur modellhaft zu erproben
- feministische Wissenschaftskritik produktiv umzusetzen”.

Und zwar in genau dieser Reihenfolge. Was den ersten Punkt anbelangt, so muss m. E. angesichts des Modells eher von einer Drohung als von einer Chance gesprochen werden.

5. Die Frauenhochschule im Kontext emanzipatorischer Hochschulpolitik

Seit Anfang der 90er wird konstatiert, dass wir uns in einer “heftig geführten Hochschul-reformdebatte” (Löther/Plöger 2000, 13) befinden. Das sind nun knapp zehn Jahre – das Reformieren scheint hochschulpolitischer Alltag zu sein. Alle wollen mitmachen und versuchen, ihre Anliegen in den (meist nicht klar – hierarchische – Organisationsmodelle werden gleichzeitig als Ergebnis und Beschleuniger von Reformen propagiert, Gleich-stellungspolitikerinnen wollen keine Frauenpolitik mehr machen, sondern “den Hochschul-reformprozess voranbringen” und auch die internationale Frauenuniversität will sich als Reformprojekt verstanden wissen. Wie nun sieht dieser Reformprozess aus, was ist aus gleichstellungspolitischer Sicht davon zu halten und wo ist das Reformexperiment *ifu* zu verorten?

Nach Bultmann ist die öffentliche Dabatte um die Zukunft der Hochschulen im wesentlichen durch die Diskussion um zwei Kernalternativen geprägt – jenseits vieler Schattierungen und Mischformen: dem demokratischen Ansatz einer Hochschulreform steht der betriebswirt-schaftliche Ansatz gegenüber:

- Aus einem betriebswirtschaftlichen Blickwinkel erscheint die Vielfalt organisierter Interessen (...) an der Hochschule als strukturelles Chaos, als entscheidendes Hindernis für Zielklarheit und effektive Aufgabenerfüllung. Aus einer solchen Perspektive ist folglich bereits das Vorhandensein unterschiedlicher Interessen in Entscheidungsprozessen das zu beseitigende Hauptproblem mangelnder “Innovationsfähigkeit” von Hochschulen, nicht jedoch eine (möglicherweise falsche) Struktur der Interessenvertretung.
- Ein demokratiethoretischer Ansatz fragt zuerst nach der Legitimität der jeweiligen Interessen und daraus ableitbaren Rechten. Nicht daß es konkurrierende Interessen gibt, ist das Problem, sondern daß diese in Form ungleicher Rechte und hierarchischer Strukturen organisiert sind (Bultmann 2000, 182).

Als demokratiethoretisches Organisationsmodell kann die Idee der Gruppenhochschule eingestuft werden – zumindest theoretisch.

5.1 Die Gruppenhochschule: ein feministisches Modell?

Die Gruppenhochschule ist das Organisationsmodell, nach dem Hochschulen seit Mitte der 70er ausgerichtet sind. An Entscheidungsprozessen sind die unterschiedlichen an der Hochschule vertretenen Gruppen zumindest

beteiligt. Die Gruppenhochschule ist Resultat der Reform- und (studentischen) Protestbewegungen, die Ende der 60er das konservative Modell der Ordinarienuniversität ins Wanken brachten. Mit dem Modell der Gruppenhochschule wurde prinzipiell zunächst einmal anerkannt, dass es an Hochschulen unterschiedliche, berechnete Gruppeninteressen gibt, die bei Entscheidungsfindungen zumindest gehört werden müssen. Hochschulpolitische Entscheidungen sollten, so die Idealvorstellung, nach den Regeln eines politischen Willensbildungsprozesses zustandekommen. Damit erhielt auch die Vorstellung eine Absage, nach der Wissenschaft unpolitisch sei und sich jenseits von gesellschaftlichen Interessen im "luftleeren Raum" befände. Eine Erkenntnis, die insbesondere auch feministische Wissenschaftskritikerinnen immer wieder aufs Neue belegen können. In einem institutionalisierten "herrschaftsfreien Diskurs" (Habermas) sollen nach dieser Vorstellung die am Wissenschaftsprozess beteiligten Gruppen ihre jeweiligen Interessen reflektieren und ausgleichen. Von Fraueninteressen ist zwar damals nicht die Rede gewesen. Die Repräsentation von Frauen als eine an der Hochschule diskriminierte Gruppe ist jedoch theoretisch in diesem Modell sehr gut denkbar und wird auch über die Institutionalisierung von Gleichstellungs- und Frauenbeauftragten (teilweise) realisiert.

Auf die Reformbewegungen an den Hochschulen folgte die Verabschiedung des Hochschulrahmengesetzes (HRG) 1975. Dem voraus ging 1973 ein einschneidendes Urteil des Bundesverfassungsgerichts (das sogenannte *Karlsruher Urteil*), wodurch verhindert wurde, dass die Idee der Gruppenhochschule umgesetzt werden konnte. Zwar bejahte das Bundesverfassungsgericht die Vereinbarkeit des organisatorischen Systems der Gruppenhochschule grundsätzlich, die organisatorischen Bedingungen, die das Gericht an die neue Hochschulverfassung stellte, ließen jedoch nur eine verstümmelte Form der Gruppenhochschule zu (vgl. Keller 2000, 190f.). Bei allen Entscheidungen, die Fragen der Lehre oder der Forschung betreffen, muß – so das Urteil – die Gruppe der HochschullehrerInnen über mindestens die Hälfte der Sitze und Stimmen verfügen. Und so sind heute zwar in den Gremien der akademischen Selbstverwaltung die anderen Gruppen (Studierende etc.) vertreten, ausrichten können sie jedoch wenig²⁸. Wer heute das real existierende Modell der Gruppenhochschule kritisiert, kann also nicht eigentlich die *Idee* der Gruppenhochschule, wie sie in den sechziger Jahren entwickelt wurde, meinen, sondern lediglich deren halbierte Form. Argumente, dass die Demokratisierung der Hochschulen nichts gebracht habe, laufen damit ins Leere. Das Experiment, wie eine wirklich demokratisch verfaßte Hochschule funktionieren würde, steht noch aus.

Aus gleichstellungspolitischer Sicht muß zugestanden werden, dass Frauen in den Gremien der akademischen Selbstverwaltung nur vereinzelt vertreten waren und sind. Das liegt zum einen daran, dass Frauen in der dominierenden Gruppe der ProfessorInnen unterrepräsentiert sind. Zum anderen sind Frauen aufgrund familiärer Verpflichtungen, fehlender Anbindung an männerdominierten Kungelrunden und der daraus resultierenden "heimlichen" Männer-förderung ohnehin in politisch relevanten Gremien in deutlich geringerer Zahl vertreten.

Zu Recht beklagen Gleichstellungspolitikern diesen Fakt und setzen zum Teil große Hoffnungen auf die Entwicklung und Etablierung neuer Steuerungsmodelle. Die Gruppenhochschule sei angesichts der hartnäckigen Dominanz von Männern in Entscheidungspositionen gescheitert – insofern, so einige Hochschulpolitikerinnen, könne es nur besser werden.

²⁸ Peer Pasternak (2000) sieht dennoch überzeugende Beweggründe dafür, sich als Studentin oder Student in den Gremien der akademischen Selbstverwaltung zu engagieren. So z.B. die Herstellung von Öffentlichkeit sowie den dadurch hergestellten Informationszugang.

5.2 Die Hochschule als Dienstleistungsbetrieb

In der aktuellen Hochschulreformpolitik lauten die Leitbegriffe Effizienz, Leistungssteigerung, Wettbewerb und Management. Die Debatte wird geführt vor dem Hintergrund einer chronischen Unterfinanzierung der Hochschulen – die Ökonomisierung der Hochschulen wird dabei als einzige Lösung und objektiv notwendig diskutiert. Zum Zwecke der Effektivierung der Arbeit an den Hochschulen in Lehre, Forschung und Organisation soll das Verhältnis von Staat und Hochschule neu ausgelotet werden. Durch vermehrt eigenständiges Handeln sollen sie ihre Effizienz und Leistungsfähigkeit steigern. Bei der Novellierung des Hochschulrahmengesetzes (HRG) wurden bereits wesentliche Eckpfeiler in Richtung Umstrukturierung der Hochschulen als Dienstleistungsbetrieb gesetzt: so ist beispielsweise darauf verzichtet worden, ein bundesweites Verbot von Studiengebühren aufzunehmen und auch nach dem Regierungswechsel besteht entgegen vorheriger Ankündigungen wenig Hoffnung auf die Umsetzung dieser Forderung. Damit haben die Länder, die bereits erste Elemente von Studiengebühren – mittels Verwaltungsgebühren oder “Strafgebühren” für sogenannte Langzeitstudierende – eingeführt haben, freie Fahrt. Folgewirkungen für die anderen Länder werden nicht ausbleiben. Studiengebühren bedeuten das Optimum einer marktwirtschaftlich orientierten Hochschule: Bildung wird zur Ware, die Studierenden zu KonsumentInnen, die in ihre individuelle Ausbildung investieren.

Neu im HRG verankert ist die Möglichkeit für Hochschulen, sich in bundesweit zulassungsbeschränkten, durch die ZVS regulierten Studiengängen 20% der BewerberInnen in eigenen Auswahlverfahren nach den Kriterien “Eignung” und “Motivation” selbst auszusuchen. Bultmann/Weitkamp warnen, dass diese “unauffällig daher kommende Korrektur” einen historischen Einschnitt in der Zuteilung von Bildung markieren könne. Die politisch garantierte Bildungsbeteiligung – das “Recht auf Bildung” – soll ersetzt werden durch eine Nachweispflicht persönlicher Eignung. “Mit der Rechtswirksamkeit solcher Kaugummi-Formeln wie ‘Eignung’ und ‘Motivation’, deren beliebige inhaltliche Ausfüllung zudem ein neues und zusätzliches Professorenprivileg darstellt, ist der Willkür Tür und Tor geöffnet” (Dies. 1997, 55f.).

Und nicht zuletzt soll es den Ländern künftig freigestellt werden, wie sie ihre Hochschulen organisieren; die “Gruppenhochschule” ist kein Staatsziel mehr. Diese Deregulierung wird, so die Befürchtung von Bultmann/Weitkamp, Spielräume für eine politische Hochschulreform liquidieren. “Diese Tendenz wird noch dadurch bekräftigt, daß sich im nationalen Wettbewerb die ökonomisch effizientesten Hochschulen perspektivisch als Leitmodell durchsetzen werden: Das werden diejenigen mit einer rein betriebswirtschaftlichen Struktur ohne politische Partizipationsrechte sein” (Dies. 1997, 56).

Claudia Batisweiler vermutet, dass Frauen durch die Etablierung von Managementstrukturen an den Hochschulen herausgedrängt werden könnten: “Zum einen ist die Zahl der Frauen in Leitungspositionen in der Hochschulverwaltung wie im Wissenschaftsbetrieb immer noch zu gering, zum anderen steht die bisher im Gremiensystem verankerte Beteiligungspflicht von Frauenbeauftragten zur Disposition” (1999, 32).

Für die Gleichstellung von Frauen und Männern an Hochschulen ist es also durchaus interessant, ob Hochschulen künftig demokratisch oder betriebswirtschaftlich organisiert sind.

5.3 Demokratisierung und Chancengleichheit als Eckpfeiler einer feministischen Hochschulpolitik

Dass Frauen- und Gleichstellungsbeauftragte sich ihren Platz in der strukturpolitischen Debatte um die Zukunft der Hochschulen erkämpfen müssen, ist inzwischen weitgehend unstrittig. Fraglich ist allerdings, inwieweit die neuen Steuerungsmodelle generell geeignet sind, die Hochschulen derart umzugestalten, dass die gleichberechtigte Teilhabe von Frauen auf allen Hierarchieebenen eine Selbstverständlichkeit ist. Ute Giebardt kritisiert an der aktuellen Diskussion um die Entwicklungen in der Hochschulpolitik, dass “inhaltliche Ziele über eine nicht näher definierte Effizienzsteigerung hinaus unklar bleiben. (...) Insbesondere bleibt vage, wie nicht nur die bloße Selbststeuerungsfähigkeit von Hochschulen, sondern ihre Politikfähigkeit in einem engeren Sinne erhöht werden soll. Für eine rein normative und somit auf politischen Willen angewiesene Zielsetzung, wie es die Forderung nach einer geschlechtergerechten Hochschule ist, sind dies schwierige Rahmenbedingungen. Aus gleichstellungspolitischer Sicht kann daher kein Interesse an der Erhöhung einer Autonomie der Hochschulen ohne staatliche oder gesellschaftliche Vorgaben bestehen” (1998, 39).

Die Norm der Gleichberechtigung ist (unter massiven Druck) von außen an die Hochschulen herangetragen worden. Durch die Verankerung in Gesetzen wurde und wird das Betreiben von Gleichstellungspolitik eine öffentliche Aufgabe. Die Norm befindet sich *außerhalb* – auch wenn zunehmend das Argument bemüht wird, dass sich Hochschulen den Verzicht auf das weibliche Potenzial längerfristig nicht werden leisten können. Dieses ökonomische Argument verkennt die Realitäten – denn jahrhundertlang sind die Hochschulen sehr gut ohne das sogenannte weibliche Potenzial ausgekommen. Fraglich ist auch, worin dieses “weibliche Potenzial” bestehen soll und wer das beurteilt. Zudem begibt man sich mit dieser verengten Argumentation auch in ein gefährliches Fahrwasser. Hinter dem Humanressourcenargument steht die Bedingung, dass Frauenförderung sich ökonomisch auszahlt bzw. wer darauf verzichtet, wird eines Tages dafür zahlen müssen. Was, wenn sich Gleichberechtigung nicht auszahlt? Ist damit das Ziel einer geschlechterdemokratischen Gesellschaft überholt? Die Forderung, dass Frauen nicht länger qua Geschlecht diskriminiert werden, sondern ein Recht auf gleiche Teilhabe haben, ist ein Wert an sich und darf nicht an (ökonomische) Bedingungen geknüpft werden²⁹. Insofern sind politische Regulierungen unverzichtbare Voraussetzungen zur Durchsetzung gleichstellungspolitischer Ziele – eine Deregulierung, wie sie derzeit von verschiedenen Seiten forciert wird - ist in diesem Sinne kontraproduktiv.

Wie ist nun die *ifu* als “andere Hochschulstruktur” zu bewerten? Insgesamt kann das oben beschriebene Modell der *ifu* als Prototyp neoliberaler HochschulträumerInnen bezeichnet werden. Es werden Studiengebühren erhoben und Studentinnen somit zu Konsumentinnen der “Ware” feministische Wissenschaft. Die großzügige Vergabe von Stipendien ist zwar aus Sicht der davon profitierenden Studentinnen erfreulich, ändert aber nichts an dem Gesamtprinzip, dass Bildung über Geld erworben werden muss und durch die Stipendienvergabe natürlich eine Selektion erfolgt. Eine weitere Selektion besteht in der Rekrutierung der Studentinnen durch individuelle Auswahlgespräche. Natürlich werden an einer Frauenuniversität durch eine solche intransparente und nahezu kriterienfreie Selektion keine Frauen ausgegrenzt – übertragen auf eine gemischtgeschlechtliche Hochschule sieht das

aber schon ganz anders aus. Brigitte Mühlenbruch, Sprecherin der Bundeskonferenz der Frauen- und Gleichstellungsbeauftragten an Hochschulen, warnt davor, die Auswahl der

²⁹ Auch in der aktuell geführten Diskussion um die Gleichstellung in der Privatwirtschaft rückt das Humanressourcen-Argument zunehmend in den Vordergrund. “Frauenförderung ist Wirtschaftsförderung” lautet das zweifelhafte Motto der derzeitigen Gleichstellungspolitik der rot-grünen Bundesregierung (vgl. dazu Nohr 2000a).

Studierenden den Hochschulen zu überlassen: “Zwar zeigt die Erfahrung, daß Frauen in formalisierten Verfahren relativ gut abschneiden, doch wer garantiert ein transparentes Verfahren bei der Auswahl durch die Hochschulen? Eignungstests und Auswahlgespräche sind – wie Erfahrungen in anderen Ländern zeigen – nur durch erhebliche Auflagen geschlechtergerecht zu gestalten” (1997, 58).

Ute Giebhardt hat darauf hingewiesen, dass alle Tendenzen in Richtung Beschränkung und Selektion in Bezug auf das Studium aus gleichstellungspolitischer Sicht kontraproduktiv sind: “An der Parallelität von Ausweitung der Studierendenzahlen insgesamt und der Studentinnenzahlen zeigt sich, daß Frauen offensichtlich dann zu großen Teilen studieren, wenn dies nichts Besonderes mehr darstellt (allerdings auch nicht mehr Einkommen und Status sichert).

Auch hinsichtlich der Hochschulstruktur haben sich die Organisatorinnen konsequent für ein betriebswirtschaftliches Modell ohne Partizipationsmöglichkeiten entschieden. Die *ifu* sollte nach Neusel mit einem minimalen bürokratischen Aufwand betrieben werden. Dabei ist ihrer Meinung nach ein “möglichst geräuschloses Funktionieren des Managements (...) Voraussetzung” (ebd.). Das demokratische Aushandeln unterschiedlicher Interessen, die es zwangs-läufig auch an jeder Frauenuniversität gibt, verläuft allerdings selten “geräuschlos” und bedeutet selbstverständlich einen gewissen Aufwand. Um ihre Rechte einzufordern – wie u. a. das auf Bildung – haben Frauen dankenswerterweise sehr viel Geräusch gemacht. GegnerInnen gleichstellungspolitischer Instrumentarien führen regelmäßig an, dass diese einen immensen bürokratischen Aufwand bedeuten und zu Reibungsverlusten führten. Die *ifu* betrachtet die an Hochschulen existierende Interessenvielfalt offensichtlich als Hindernis für ein “effizientes” Arbeiten.

Dabei ist genau das Gegenteil der Fall: in einer pluralen Gesellschaft kann keine Gruppe – auch nicht die der Professorinnen – für sich beanspruchen, Wissenschaft ausschließlich in ihrem Sinne zu beeinflussen. Die Einbeziehung verschiedener Interessen fördert unterschiedliche und umfassende Sichtweisen auf Probleme und beugt somit Verengungen und Fehlentwicklungen vor. Zahlreiche feministische Wissenschaftlerinnen können ein Lied davon singen, wohin androzentrische Verengungen aufgrund des Ausschlusses von Frauen geführt hat. Es ist also notwendig, dass den unterschiedlichen Interessen strukturell in der inneren Organisationsstruktur Raum gegeben wird. Erst dann kann politisch verhandelt statt autoritär und einseitig entschieden werden.

Gleichstellungspolitik wurde an den Hochschulen nicht von ungefähr im Anschluss an die von den Demokratisierungsbestrebungen getragenen Reformen der 70er Jahre etabliert. Die Entkoppelung von Gleichstellungspolitik und Demokratisierung, wofür u.a. die *ifu* ein praktisches Beispiel liefert, ist für beide Politikfelder verlustbringend. Demokratie ist ohne die gleichberechtigte Teilhabe von Frauen nicht möglich. Selbiges gilt auch umgekehrt.

6. Literatur

- Arbeitskreis Wissenschaftlerinnen an den Hochschulen von Nordrhein-Westfalen (1989): Hochschulmanifest der Frauen und die Hochschule der Frauen. Denk- und Diskussionsansatz für eine veränderte Wissenschaftspolitik. Aktualisierte Fassung.
- Claudia Batisweiler (1999): Zum Geschlechterverhältnis im Hochschul-„Unternehmen“. Mehr Wissenschaftlerinnen durch neue Steuerungsmodelle? In: Forum Wissenschaft 4/99, 29-32.
- Dies. (2000): Frauenförderung an Hochschulen. In: Nohr (Hg.), 289-299.
- Christine Bischof (2000): Die internationale Frauenuniversität: Kontroversen im Feminismus. In: femina politica. Zeitschrift für feministische Politik-Wissenschaft. Heft 2/2000, 96-100.
- Gisela Bock (1977): Frauenbewegung und Frauenuniversität. Die politische Bedeutung der Sommeruniversität. In: Gruppe Berliner Dozentinnen (Hg.): Frauen und Wissenschaft. Beiträge zur Berliner Sommeruniversität für Frauen. Berlin.
- Margit Brunner (1992): Sexuelle Gewalt gegen Frauen und Mädchen in Bildungsinstitutionen. In: Färber (Hg.), 65-86.
- Iris Bubenik-Bauer (1999): Die Frauenuniversität als Ort feministischer Wissenschaft. In: beiträge zur feministischen theorie und praxis. 53/1999, 137-146.
- Torsten Bultmann (1996): Die standortgerechte Dienstleistungshochschule. In: Prokla 104, 329-355.
- Ders. (2000): Zwischen aristokratischer Gemeinschaft und modernem Dienstleistungsbetrieb. Eine kleine Einführung in die grundlegenden hochschulpolitischen Fragen. In: Nohr (Hg.), 177-185.
- Torsten Bultmann/Rolf Weitkamp (1999): Hochschule in der Ökonomie. Zwischen Humboldt und Standort Deutschland. Marburg.
- Bund-Länder-Kommission für Bildungsplanung und Forschungsförderung (BLK) (1996): Förderung von Frauen im Bereich der Wissenschaft – Fortschreibung des Berichts aus dem Jahr 1989. Materialien zur Bildungsplanung und Forschungsförderung 19. Bonn 1996
- bmb+f (Bundesministerium für Bildung, Wissenschaft, Forschung und Technologie) (Hg.): Grund- und Strukturdaten 1998/99, Bonn 1998
- Hadumod Bußmann/Katrin Lange (Hg.) (1996): Peinlich berührt. Sexuelle Belästigung von Frauen an Hochschulen. München.
- Mechthild Cordes (1996): Frauenpolitik. Gleichstellung oder Gesellschaftsveränderung? Opladen.
- Barbara Degen/Sybille Plogstedt (1992): Nein heißt Nein! DGB-Ratgeber gegen sexuelle Belästigung am Arbeitsplatz. München.
- Deutscher Hochschullehrerinnenbund (DHB) (1999): „Getrennt oder gemeinsam? Frauen und Männer an der Hochschule“. Tagungsbeiträge eines Kolloquiums des Essener Kollegs für Geschlechterforschung am 22. Januar 1999.
- Dokumentationsgruppe (Hg.) (1982): frauen begreifen ihren alltag. Dokumentation des ersten frauenforums im revier. Essen.
- Kristine Dreyer/Claudia Toelle (1994): Ergebnisse aus der Befragung von Studentinnen über die Auswirkung von sexueller Belästigung durch Dozenten. In: Christine Färber (Hg.): Studentinnen und Wissenschaftlerinnen an der Universität. Schriftenreihe der Frauen-beauftragten der FU Berlin, Band 1. Berlin, 82-98.

- Barbara Duden (2000): Wattierte Gewalttätigkeit. Frauen und Gesundheit auf der Expo. In: blätter des informationszentrums 3. welt, iz3w, Mai/Juni 2000, Ausgabe 245, 30-32.
- Christine Färber (Hg.) (1992): Dokumentation der zentralen Frauenbeauftragten der Freien Universität Berlin: Sexuelle Diskriminierung und Gewalt gegen Frauen an der Hochschule. Berlin.
- Christine Färber/Henrike Hülshagen (Hg.) (1998): selbstbewusst + frei. 50 jahre frauen an der freien universität berlin. Königstein/Taunus.
- Hannelore Faulstich-Wieland (1997): Reformexperiment Frauenhochschule. Ein Bärendienst für die Gleichstellung von Frauen. In: Lang/Sauer (Hg.): Wissenschaft als Arbeit - Arbeit als Wissenschaftlerin. Frankfurt/Main, New York, 236-246.
- Cornelia Filter (1998): From here you can go anywhere! Die siegreiche Geschichte der Womens Colleges. In: Emma 1/1998.
- Monika Gerstendörfer (1994): Sine Laude! Sexismus an der Hochschule. Metzingen.
- Ute Giebardt (1998): Macht Hochschulpolitik einen Unterschied? In: Roloff (Hg.), 39-61.
- Regine Gildemeister (1996): Zur Eröffnung. In: Kerstin Herlt/Anne Sachs (Hg.): Revision. Perspektiven feministischer Theorie und Politik der 90er jahre. Espenau, 9-18.
- Sandra Harding (1994): Das Geschlecht des Wissens. Frankfurt/Main, New York.
- Frigga Haug (1996): Frauen-Politiken. Darin: Perspektiven eines sozialistischen Feminismus. 20 Jahre Frauenbewegung in Westdeutschland. Berlin/Hamburg.
- Dorit Heinsohn (1998): Feministische Naturwissenschaftskritik. Eine Einführung. In: Petersen/Mauss (Hg.): Feministische Naturwissenschaftsforschung. Science und Fiction. Mössingen-Talheim, 14-32.
- Monika Holzbecher u. a. (1994): Projektbericht: Sexuelle Belästigung an Fachhochschulen, Soziologische Fakultät. Bielefeld.
- Dies. (1996): Sexuelle Diskriminierung als Machtmechanismus. Vom Umgang der Hochschule mit einem unbequemen Thema. In: Bußmann/Lange (Hg.), 20-35.
- Claudia Huerkamp (1996): Geschlechtsspezifischer Numerus Clausus – Verordnung und Realität. In: Kleinau/Opitz (Hg.), 325-341.
- Doris Janshen (Hg.) (1990): Hat die Technik ein Geschlecht? Denkschrift für eine andere technische Zivilisation. Berlin.
- Dies. (1996): Die Technische Universität der Frauen Europas. Eine konkrete Vision für die Jahrtausendwende. In: beiträge zur feministischen theorie und praxis. 43/44/1996
- Heike Kahlert/Anina Mischau (2000): Neue Bildungswege für Frauen. Frauenhochschulen und Frauenstudiengänge im Überblick. Frankfurt/Main.
- Andreas Keller (2000): Von der Ordinariatenuniversität zur Gruppenhochschule. In: Nohr (Hg.), 187-197.
- Sabine Kiel (2000): Studentische (Hochschul-)Politik. Eine kleine historisch-politische Rückschau mit Blick nach vorne. In: Nohr (Hg.), 235-249.
- Elke Kleinau (1996): Ein (hochschul-)praktischer Versuch. Die 'Hochschule für das weibliche Geschlecht' in Hamburg. In: Kleinau/Opitz (Hg.), 66-82.
- Elke Kleinau/Claudia Opitz (Hg.) (1996): Geschichte der Mädchen- und Frauenbildung. Band 2: Vom Vormärz bis zur Gegenwart. Frankfurt/New York.
- Beate Kraus (Hg.) (2000): Wissenschaftskultur und Geschlechterordnung. Über die verborgenen Mechanismen männlicher Dominanz in der akademischen Welt. Frankfurt/Main.

- Christiane Lemke (1995): Nicht radikal, aber feministisch. Frauencolleges in den USA zwischen Tradition und Innovation. In: Forum Wissenschaft 3/95, 11-14.
- Miriam R. Levin (1997): Geschlecht, Wissenschaft und Religion. Die Herausbildung einer professionellen Wissenschaftskultur in Mount Holyoke. In: Metz-Göckel/Steck (Hg.), 225-243.
- Andrea Löther/Lydia Plöger (Hg.) (2000): Mittelvergabe und Gleichstellungspolitik an Hochschulen. Bielefeld.
- Bärbel Mauß (1997): Ansätze feministischer Biologiekritik am Beispiel der Kritik an der Soziobiologie. In: Dokumentation, 23. Kongress von Frauen in Naturwissenschaft und Technik in Hannover, Darmstadt, 189-194.
- Sigrid Metz-Göckel (1996): Konzentration auf Frauen – Entdramatisierung von Geschlechterdifferenzen. Zur feministischen Koedukationskritik. In: Beiträge zur feministischen Theorie und Praxis. 43/44/96, 13-29.
- Dies. (1997): Geschlecht in der Hochschulforschung und im Hochschulalltag. Unerwünschte und gewollte Unterschiede. In: Dies./Steck (Hg.), 17-40.
- Dies. (1997a): Einleitung. Eine internationale Frauenuniversität in Deutschland. In: Dies./Steck (Hg.), 7-14.
- Dies. (1999): Elitär, hoffnungslos veraltet oder besonders attraktiv? Über die Colleges für Frauen in den USA. In: Frankfurter Rundschau vom 15. April 1999, S. 6
- Dies./Felicitas Steck (Hg.) (1997): Frauenuniversitäten. Initiativen und Reformprojekte im internationalen Vergleich. Opladen.
- Brigitte Mühlenbruch (1997): Nicht der Rede wert? Der Entwurf zur Änderung des Hochschulrahmengesetzes aus frauenpolitischer Sicht. In: Forum Wissenschaft 4/97, 57-58.
- Ursula Nienhaus (1998): "Frauen erhebt Euch..." Vom "Aktionsrat zur Befreiung der Frauen" bis zur "Sommeruniversität der Frauen" – Frauenbewegung in Berlin (1968-1976). In: Färber/Hülsbergen (Hg.), 84-119.
- Ayla Neusel (1990): Die Frauenuniversität. In: Schlüter/Roloff/Kreienbaum (Hg.). Was eine Frau umtreibt. Frauenbewegung – Frauenforschung – Frauenpolitik. Pfaffenweiler, 65-71.
- Dies. (1997): 100 Tage für 100 Jahre: Internationale Frauenuniversität "Technik und Kultur" im Rahmen der Weltausstellung Expo 2000 in Hannover. In: Metz-Göckel/Steck (Hg.), 69-91.
- Niedersächsisches Ministerium für Wissenschaft und Kultur: Berichte aus der Frauenforschung (1997): Perspektiven für Naturwissenschaften, Technik und Medizin. Hannover.
- Barbara Nohr (1998): Rekrutierung einer weiblichen Elite. Das Konzept der Internationalen Frauenuniversität. In: Forum Wissenschaft 1/98, 41-44.
- Dies. (1998a): Operation gelungen – Patientin tot: zum Konzept der Internationalen Frauenuniversität "Technik und Kultur" während der Expo 2000 in Hannover. In: Brillant e. V. (Hg.): 24. Kongress von Frauen in Naturwissenschaft und Technik. Dokumentation. Darmstadt, 150-154.
- Dies. (Hg.) (2000): Kritischer Ratgeber Wissenschaft, Studium, Hochschulpolitik. Marburg.
- Dies. (2000a): Frauenförderung ist Wirtschaftsförderung?! Die Transformation rot-grüner Gleichstellungspolitik oder: das Geschlecht als Standortfaktor. In: express. Zeitung für sozialistische Betriebs- und Gewerkschaftsarbeit. Nr.5/2000, 1-2.
- Peer Pasternack (2000): Born to be wild – Studierende in der akademischen Selbstverwaltung. In: Nohr (Hg.), 199-206.
- Anne Schlüter (1996): Die ersten Nachkriegsprofessorinnen und die Situation von Wissenschaftlerinnen bis in die siebziger Jahre. In: Kleinau/Opitz (Hg.), 449-464.

- Christiane Schmerl (1998): Was Petra und Christa aus der Bahn warf. Über die systematische Entmutigung von Frauen durch sexuellen Terror. In: Emma 1/98, 76-77.
- Ursula Schröder (1991): Back to the – Beginn der Professionalisierung der sozialen Ausbildung von Frauen. Teil II. In: Frauen in der Geschichte. Mitteilungsblatt des Forschungszentrums "Frauen in der Geschichte" des Fachbereiches Geschichte der Pädagogischen Hochschule "Clara Zetkin", Leipzig, Heft 2/1991, 81-94.
- Ulrike Teubner (1996): Reflexive Monoedukation. In: Dies. (Hg.): Dokumentation der Fachtagung Single-Sex-Education im interkulturellen Vergleich – Chancen von Monoedukation für Frauen in Technik und Naturwissenschaft, Darmstadt, 75-87.
- Dies. (1997): Erfolg unter wechselnden Vorzeichen – einige Anmerkungen zur Geschichte der Frauencolleges der USA. In: Metz-Göckel/Steck (Hg.), 207-223.
- Angelika Wetterer (1993): Die Frauenuniversität – Überlegungen zu einer paradoxen Intervention. In: Arndt u. a. (Hg.): Ausgegrenzt und mittendrin. Frauen in der Wissenschaft. Berlin, 189-197.
- Dies. (1994): Rhetorische Präsenz – faktische Marginalität. Zur Situation von Wissenschaftlerinnen in Zeiten der Frauenförderung. In: Zeitschrift für Frauenforschung 11, Heft 1+2/1994, 93-110.
- Dies. (Hg.) (1995): Die soziale Konstruktion von Geschlecht in Professionalisierungsprozessen. Frankfurt/Main, New York.
- Dies. (1996): Die Frauenuniversität als paradoxe Intervention. In: Metz-Göckel/Wetterer: Vorausdenken-Querdenken-Nachdenken. Frankfurt/Main, 263-278.
- Wissenschaftsrat (Hg.) (1998): Empfehlungen zur Chancengleichheit von Frauen in Wissenschaft und Forschung, Köln.

Barbara Nohr: Studium Deutsch und Sozialkunde (Lehramt an Gymnasien) an der Universität Göttingen, AStA-Vorsitz, Fortbildung zur kommunalen Frauenbeauftragten (1997), wissenschaftliche Mitarbeiterin beim Bund demokratischer Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler (1998), Referentin bei der Bundestagsfraktion der PDS (1999), Mitglied im Bundesvorstand des BdWi sowie der Redaktion Forum Wissenschaft, Tätigkeit als freie Referentin und Publizistin, seit WS 2000/01 Studentin der Rechtswissenschaften an der Europa-Universität-Viadrina in Frankfurt (Oder). Kontakt: b.nohr@gmx.de oder über den BdWi, Gisselberger Str. 7, 35037 Marburg.

Dem Demokratiedefizit entgegenarbeiten

Interview mit Corinna Genschel und Christine Löw auf der Internationalen Frauenuniversität (ifu) der EXPO

Die internationale Frauenuniversität anlässlich der EXPO in Hannover war schon im Vorfeld von feministischer und linker hochschulpolitischer Seite kritisiert worden. Nicht nur die Anbindung an die Ausstellung der Neuen Weltordnung, sondern auch ein elitäres und neoliberales Konzept im Bezug auf die organisatorischen Strukturen und die Auswahl der Teilnehmerinnen wurde den Veranstalterinnen um die Präsidentin Ayla Neusel vorgeworfen. Dagmar Neubauer und Barbara Nohr von der Redaktion wollten es genauer wissen und interviewten am 19.9.2000 auf der ifu die beiden Teilnehmerinnen Corinna Genschel aus Berlin und Christine Löw aus Frankfurt.

Christine, wie bist du an die ifu gekommen?

Christine: Ich bin Politikwissenschaftlerin und habe die Ausschreibung für die ifu in der Zeit gesehen. Ich bin da aber eine Ausnahme, ansonsten merkt man schon, dass Frauen über Kontakte zu Professorinnen auf die Möglichkeit zur Bewerbung aufmerksam gemacht wurden. Verlangt waren neben Bewerbung und Lebenslauf ein englischer Sprachtest, ein professorales Empfehlungsschreiben, ein Universitätsdiplom und eine Beschreibung bisheriger feministischer Aktivitäten sowie die Skizze eines aktuellen Arbeitsprojekts.

Es war angekündigt, dass »Eignung« und »Motivation« der Teilnehmerinnen in Auswahlgesprächen getestet werden sollten.

Christine: Soweit ich weiß, hat das nicht stattgefunden. Es gab wohl nicht genügend Bewerberinnen und der Anmeldeschluss wurde vom 15.10. bis Ende November verlängert. In der Beschreibung des eigenen Projekts sollte man auch Gründe für die Bewerbung darlegen, und was man sich von der ifu-Teilnahme erwartet. Es war von vornherein klar, dass es nicht nur um feministische Theorie geht oder Gender-Studies, sondern auch um Internationalität und Interkulturalität – d.h. neue Frauen kennenlernen, sich austauschen und Networking. Ich habe zunächst befürchtet, dass es sich um ein relativ naives Konzept von Interkulturalität handelt, in der Art »Hauptsache Frauen aus vielen Ländern« .

Wie finanziert Ihr Eure Teilnahme, die ja auch noch Studiengebühren in Höhe von 600 DM beinhaltet?

Christine: Ich habe ein Stipendium in Höhe von 5.000 DM für die ganzen drei Monate und muss daher auch die Studiengebühren nicht zahlen. Ich habe gehört, dass die Stipendien nach akademischen Meriten und sozialen Kriterien vergeben wurden, aber es ist nicht klar, wie das gewichtet wurde und wer das entschieden hat. Frauen, die alles selber zahlen, brauchen jedenfalls schon einiges Geld. Mir ist übrigens bis heute nicht klar, wer mein Stipendium finanziert.

Corinna: Frauen aus dem Süden oder aus Osteuropa haben zum großen Teil ein Stipendium. Es gibt 60% Stipendiatinnen und davon sind wahrscheinlich 80% oder 90% aus dem Süden. Ohne Stipendien gäbe es für sie auch keine Möglichkeit teilzunehmen – auch für diejenigen nicht, die in ihren Ländern privilegiert sind. Die 'Umtauschraten' sind so schlecht, dass z.B. auch wohlhabendere Inderinnen nicht eigenfinanziert nach Deutschland kommen könnten.

Corinna, du bist Tutorin, wie bekamst Du diesen Job?

Corinna: Ich bin Politikwissenschaftlerin, schreibe meine Doktorarbeit, bin Lehrbeauftragte und politische Aktivistin unter anderem auch im Bereich Antirassismus. Ich habe über Mundpropaganda erfahren, dass ich mich bewerben könnte – eine öffentliche Ausschreibung für die Tutorinnenstellen gab es meines Wissens nicht. Ich habe eine ganz normale, formale Bewerbung geschrieben. Warum ich im *Body*-Bereich arbeiten wollte und z.B. nicht im Bereich *Migration*, hat mit dem Thema meiner Dissertation zu tun. Ich arbeite zu Zweigeschlechtlichkeit und sexueller Politik und dieser Bereich war für mich am naheliegendsten. Ich habe zunächst nur informell erfahren, dass ich wahrscheinlich Tutorin sein werde, die formale Zusage kam erst im April oder Mai, also sehr spät. Ich weiß nicht, wie die Kriterien für die Auswahl waren. Ich wollte trotz aller Kritik an der ifu da rein, weil ich u.a. die Idee spannend fand, einen westlich zentrierten Diskurs in Deutschland durch eine internationale und möglicherweise postkoloniale Auseinandersetzung zu konterkarieren und auch eine andere Kritik an Körperkonzepten kennenzulernen, die in Deutschland und auch in USA sehr weiß und zentrumsfixiert sind. Der *Body*-Bereich ist sehr stark auf Vorlesungen und Workshops orientiert und weniger projektbezogen. Offiziell heißt es, daß es bei uns kein Curriculum gibt, was aber so nicht stimmt, denn durch die nicht verhandelbare Schwerpunktsetzung und die Auswahl der Vortragenden wird der gleiche Effekt von kanonisiertem Wissen produziert. Der Schwerpunkt schlechthin ist »Medizin«, der Zugriff der Medizin auf Körper, primär durch Genetik und Reproduk-

tionstechnologien. Kleinere waren *Gewalt* in verschiedenen Ausformungen und *Nation und Körper*. Insgesamt, so würde ich sagen, ein sehr konservatives Programm, das auf der Curriculumsebene nichts von queerer, postkolonialer oder aktueller feministischer Theorie gehört zu haben scheint.

Was sind deine Aufgaben als Tutorin?

Corinna: Im Bereich *Body* haben wir jeden Vormittag von Montag bis Donnerstag Vorlesungen, immer zwei verschiedene Professorinnen pro Woche. Nach einer Stunde Vorlesung gehen wir eine Stunde ins Tutorium um die Vorlesung zu diskutieren. Danach ist wieder Plenum, d.h. es soll eigentlich eine Kleingruppendiskussion geben, die dann gewinnbringend wieder ins Plenum eingebracht wird. Nachmittags gibt es Tutorien und Workshops, abends wieder Vorlesungen, ein zeitlich sehr volles Programm. Die andere Aufgabe, die ich als Tutorin habe, ist, gerade aufgrund der Heterogenität der Teilnehmerinnen und des sprunghaften Programms bei *Body*, einen Gruppenprozeß zu ermöglichen und Kontinuität zu gewährleisten. Die Tutorien sind in unserem Bereich zusammengesetzt worden, d.h. weder die Teilnehmerinnen noch die Tutorinnen konnten auswählen. Das führt zu Problemen, beinhaltet aber auch die Chance, aus dieser völligen Heterogenität etwas zu machen: ich muss Brückenbildung gewährleisten, mit der Vielfalt der Differenzen umgehen und diese produktiv machen.

Christine: Im Bereich *Migration* gab es am dritten Tag, so eine Art "Marktplatz", auf dem 11 offizielle Tutorien vorgestellt wurden. Wir konnten uns informieren und hatten zwei Tage zur Entscheidung für ein Tutorium. Die Projekte selbst waren vorgegeben. Ich bin jetzt z.B. in einem Projekt zu *Biographien und Mobilität*. Es wurde angeboten, dass man auch eigene Projekte weiter bearbeiten kann, weil sich ja fast alle mit eigenen Projekten hier beworben haben. Das ist dann allerdings ein bißchen untergegangen oder war dann doch zu schwierig, weil man schon sehr beschäftigt mit dem Projekt ist, das von den Tutorinnen angeboten wurde.

Corinna: Bei uns sind die Tutorien nicht über Interessen von Professorinnen zusammengekommen. Im Prinzip hätte es die Möglichkeit gegeben, eine eigene Organisation hinzukriegen. Wenn es eine inhaltliche Klammer für die Tutorien gab, was nur durch Zufall der Fall war, konnte dort thematisch zu bestimmten Sachen gearbeitet werden. Bei mir im Tutorium gab es kein gemeinsames Interesse. D.h. meine Aufgabe war, aus dem, was gesagt wurde und aus dem, was ich von den Teilnehmerinnen wußte, immer wieder so etwas wie ein gemeinsames

Interesse über Fragestellungen herauszubilden. Es wird auch nicht erwartet, dass wir am Ende ein gemeinsames Ergebnis formulieren. Bei uns müssen die Teilnehmerinnen selbst ein Projekt machen, eigenständig, in Gruppen oder alleine.

Christine: Man kann nicht sagen, dass sich in den Themen der Tutorien in *Migration* die Interessen der Professorinnen 1:1 wiederfinden – aber es gibt bestimmte Nähe. Nachdem die Projekte entschieden waren, gab es verschiedene studentische Initiativen, die sich getrennt von diesen vorgegebenen Projekten zusammengefunden haben und sich mit Themen beschäftigen wollen, die direkt für sie interessant sind. Das wurde dann auch ermöglicht. Es gibt drei oder vier einzelne Gruppen, die nicht angebunden sind an diese offiziell im "Marktplatz" vertretenen elf Tutorien.

Beim »Finale« der ifu wird die Ergebnissicherung sicherlich eine grosse Rolle spielen. Wie wird die aussehen?

Corinna: Es gibt einen formalen Abschluß in Form eines Zertifikats. Diese Form des Abschlusses ist vor der ifu in Deutschland sehr kontrovers diskutiert worden. An deutschen Unis macht ein Zertifikat vielleicht auch wirklich keinen Sinn, aber für andere Länder ist es schon von Bedeutung, dass die Frauen am Ende was in der Hand haben. Dann gibt es sowas wie ein formales Abschlußfest, alle *project areas* und Ayla Neusel und viel Presse und so. Dort sollen die Ergebnisse vorgestellt werden. Ich kann mir allerdings nicht vorstellen, was da vorgestellt wird, was auch gewinnbringend im politische Sinne vorgestellt werden kann. Wie man die Repräsentationslogik von Frau Neusel unterlaufen kann.

Die ifu wurde als »die« innovative Reformuniversität angekündigt. Was ihr jetzt berichtet, klingt aber reichlich traditionell.

Corinna: Man muß sich überlegen, was »Innovation« alles bedeuten kann. Ich finde ein Punkt des Innovativen der ifu liegt in der Internationalität. Die internationale Zusammensetzung und die auch immer wieder stattfindenden postkolonialen Diskussionen beleuchten den sehr weißen Feminismus in bundesdeutschen Hochschulen. Wobei die Frage ist, was nach der ifu durchsickern wird ins Hochschulsystem. Im Sinne des Unterrichts und der Unterrichtsmethoden ist nicht besonders viel innovativ an der ifu. Aber anders als an der Freien Universität Berlin können die Teilnehmerinnen, wenn sie sich organisieren, das Programm an einigen Stellen

verändern, womit auch ein bestimmter Frontalunterricht oder eine Entscheidungsstruktur von oben nach unten unterlaufen werden kann. Aber es ist hart, die Diskursanordnung zu verändern.

Christine, hast du das Gefühl, dass du mit deinem Projekt – das ja Bedingung für die Bewerbung war – inhaltlich in die ifu eingebunden bist und genug Raum dafür gegeben ist?

Christine: Es wird natürlich in den Tutorien die eine oder andere Fragestellung angesprochen, aber ich würde sagen, die eigenen Projekte finden nicht unbedingt in den Tutorien statt. Ich kenne aber auch Frauen, die sich sehr stark wiedergefunden haben in den Tutorien. Viele Teilnehmerinnen sind im Diss-Stadium und hierhergekommen, um der Vereinzelung zu entgehen. Auch für mich haben sich einige Sachen nach ein paar Tagen oder mit noch ein paar Querverbindungen als fruchtbar erwiesen. Von daher würde ich nicht sagen, dass mein Tutorium komplett losgelöst war von meinem Projekt. Zur Frage nach »Innovation« wollte ich noch sagen, dass es für viele Frauen sehr wichtig ist, sich tatsächlich ganz zentral mit feministischer Theorie auseinandersetzen zu können. Schon dass man nicht ständig irgendeinem Prof erklären muß, warum das jetzt wichtig ist. Im Bereich *Migration* fand ich zudem sehr beeindruckend, dass die bisherigen »Forschungsobjekte«, die Frauen aus dem Süden oder die islamischen Frauen, in den Veranstaltungen präsent waren und gegen die Darstellung der Erfahrungen von Migrantinnen aus der Sicht weißer Frauen Einspruch erhoben haben. Das war bisher selten möglich, dass die Arbeiten deutscher Frauenforscherinnen zu Globalisierung oder NGO-Aktivitäten wegen ihrer allzu euphorischen Darstellungen von Frauen aus Indien, Taiwan oder anderen nicht-europäischen Ländern kritisiert wurden und die hiesigen feministischen Konzepte und Kategorien aufgrund ihrer analytischen Verkürzungen vom Tisch gefegt wurden.

Corinna: Und das auch sehr komplex tun. Es gibt nicht den einen Block »Frauen aus dem Süden«, sondern es gibt sehr unterschiedliche politische Positionen und durchaus grundsätzliche Differenzen. In *Body* gibt es den regionalen Schwerpunkt "Indien" und ich fand das absolut spannend, weil auch sehr viele indische Teilnehmerinnen hier sind. Die anwesenden Frauen sind als Theoretikerinnen da, das bringt bestimmte westliche Erwartungen ziemlich durcheinander – insbesondere, wenn diese Theoretikerinnen noch widerstreitende Positionen vertreten.

Christine: In Deutschland fiel mir kein anderer Ort ein, am dem so etwas überhaupt denkbar wäre. Dennoch sind selbst bei der ifu die Migrationsvorlesungen so konzipiert, dass man sich fragt, wen die hier erwartet haben. Die Teilnehmerinnen sind größtenteils selbst Lehrende, sind

promoviert oder mitten in der Diss und oft besser vertraut mit den ganzen dekonstruktivistischen oder postkolonialen Theorien als die Vortragenden. Die Vorlesungen waren z.T. so basic, und das wurde spätestens anhand der Fragen der Teilnehmerinnen deutlich, die schon ganz woanders angesetzt haben.

Corinna: Ein Teil dieses Eurozentrismus zeigt sich, wenn Frauen aus dem Norden/Westen Vorlesung halten und den Westen und den Norden überhaupt nicht problematisieren. »Probleme« finden immer im Süden statt, als ob es keine sozialen Bewegungen z.B. in Deutschland und USA gäbe, als ob es keinen Kampf um Ressourcen gäbe, als ob es hier keine Ein- und Ausschlußmechanismen gäbe. Die Frauen aus dem Norden und aus dem Westen sprechen oft ausschließlich als Akademikerinnen, als sei das absolut getrennt von politischer Aktivität. Für viele aus dem sog. »Süden« ist die Verbindung da klarer. Was aber nicht bedeuten soll, dass dieser Unterschied für Frauen aus dem Norden oder dem Süden »typisch« ist – das hängt eher mit der Auswahl zusammen, welche Frauen aus dem Norden und welche aus dem Süden eingeladen wurden.

Es gibt ganztägige Veranstaltungen zu jeweils einem Projektbereich, um die außeruniversitäre Öffentlichkeit an der wissenschaftlichen Arbeit der ifu teilhaben zu lassen. Als ich bei der ersten Veranstaltung dieses »open space« war – zum Thema rethinking university – habe ich 24 DM Eintritt zahlen müssen, und konzeptionell fand ich das auch nicht überzeugend.

Corinna: Ich glaube ehrlich gesagt nicht, dass die Öffentlichkeitsarbeitsgruppe der ifu eine gute Arbeit geleistet hat, besonders was die Vernetzung mit Feministinnen »vor Ort« betrifft. Und ich glaube auch, das 24 DM Eintritt zu viel sind, wenn Du Leute erreichen willst. Ich finde den *open space* aber mittlerweile gut, weil er eine Verbindung zwischen den einzelnen Projektbereichen bietet.

Dann ist das eher eine Öffentlichkeit nach innen?

Corinna: Das ist der ungewollte Nebeneffekt, den ich aber inzwischen positiv finde.

Um dem Vorwurf zu begegnen, dass bei der ifu feministische Wissenschaft im Elfenbeinturm betrieben werden solle, war aber angekündigt worden, dass regelmäßig – auch im Rahmen der EXPO – der Kontakt mit der außeruniversitären Öffentlichkeit gesucht wird und die Öffentlichkeit Einfluss auf die Forschungsprozesse und die Inhalte haben kann.

Corinna: Was meinst Du mit "im Rahmen der EXPO"? Die ifu hat nicht besonders viel mit der Expo zu tun und *open space* schon gar nicht. Die ifu hat eben Gelder von der Expo bekommen, wie viele andere Projekte auch.

Die ifu sollte doch unter anderem die ansonsten mit patriarchalen Konzepten arbeitende Expo feministisch korrigieren. Das hat die Präsidentin Ayla Neusel mehrfach herausgestellt.

Corinna: Ayla Neusel hat viel gesagt. Ich würde die Verbindung ifu/EXPO unter strategischen Gesichtspunkten diskutieren: Macht es Sinn, die Expo zu nutzen, um ein Projekt, das seit zwölf Jahren in Planung ist, durchzusetzen? Wenn nicht, warum nicht. Wenn ja, muss man das öffentlich begründen und eben irgendwelchen Blödsinn sagen. Real hat die ifu mit der EXPO herzlich wenig zu tun und die Expo interessiert sich herzlich wenig für feministische Projekte. Es gibt tausend andere Projekte, die Gelder bekommen haben, und für die sich die EXPO auch nicht interessiert.

Christine: Im Bereich *Migration* gibt es ein Projekt, das sich mit den geschlechtsspezifischen Darstellungen der Nationalstaaten auf der Expo auseinandersetzt.

Corinna: Ja, das gibt es bei uns auch. Aber das sind einzelne Projekte, wie es viele unterschiedliche einzelne Projekte gibt. Die Frauen gehen zum Teil auf die Expo, aber viele eben auch nicht. Es wird jedenfalls nicht öffentlich darüber diskutiert, es gibt ja noch nicht einmal Freikarten für die ifu-Teilnehmerinnen, wie viele der Frauen erwartet haben. Wir müssen auch von einer politischen Heterogenität der Teilnehmerinnen ausgehen. Es gibt welche, die ihre nationalstaatliche Repräsentation auf der EXPO richtig finden, und andere sehen das kritischer. Die Frauen repräsentieren ganz unterschiedliche politische Strömungen in ihren Ländern.

Wenn schon kontextabhängig innerhalb eines Landes unterschiedliche Sprachen gesprochen werden (z.B. Frauensprache/Männersprache, »Sprachprobleme« von Studierenden aus der Arbeiterklasse etc.), auch im Bezug auf Bedeutung von Begriffen oder emotionale Wertungen, ist das in so einem internationalen Zusammenhang ja noch ungleich komplizierter. Werden da neue Umgangsformen entwickelt?

Corinna: Diese notwendige »Übersetzungsarbeit« finde ich sehr spannend. Wenn ich politische Kritik formuliere oder mein Promotionsthema darstelle, kann ich nicht davon ausgehen, dass meine gewohnten Begründungen verstanden werden. Ich muß mich immer auf Rückfragen –

auch und gerade auch zum wissenschaftspolitischen und historischen Kontext – einstellen: z.B. »warum ist mir gerade das wichtig« oder »was ist daran auch im globalen Rahmen wichtig« - nicht, um zu sagen, alles hat eine globale Bedeutung, sondern um mich dazu in ein Verhältnis zu setzen. Ebenso hat die Professorin, die eine der ersten Vorlesungen gehalten hat zu *nation and female embodiment am Beispiel Indien* auch begründet, warum das für uns als internationales Publikum wichtig ist. Diese Art von Übersetzungsleistung ist wahrscheinlich für alle irgendwie da, auf der Ebene der Vorlesungen gibt es aber eine Tendenz, daß die aus »dem Norden« sie weniger explizit machen, weniger kontextualisieren.

Christine: Man ist fortwährend genötigt, zu kontextualisieren. Mir ist auch die eigene Tendenz, ständig zu universalisieren, aufgefallen. Die eigenen Konzepte und die eigenen Kategorien erscheinen einem anwendbar auf fast alle Zustände. Wenn man hier nach Vorlesungen und in Gesprächen feststellt, wie eurozentrisch ein Großteil der akademischen Wissensproduktion ist, kann das ein Anfang sein für das, was Spivak als "*Unlearning our privileges as our loss*" bezeichnet. Das ist jetzt für mich eine Erfahrung, die ich hier ganz konkret gemacht habe.

Corinna: Gestern gab es z.B. in einer unserer Vorlesungen einen ziemlichen Aufruhr wegen des Vortrages einer kanadischen Anthropologin, die Kolonialprozesse anhand der Medikalisierung von Geburt in einer belgischen Kolonie untersucht hat. Sie versuchte u.a., den kolonialen Medikalisierungsprozess anhand von Dias abzubilden. Frauen aus afrikanischen und südamerikanischen Ländern haben ihr vorgeworfen, sie hätte keine Position ergriffen und diese Aneinanderreihung von kolonialen Fotos habe die Objektivierung schwarzer Körper *reproduziert*, die sie eigentlich kritisch beleuchten wollte. Dadurch, dass sie sie nicht kontextualisiert hat, ist eben das Gegenteil vermittelt worden. Das wäre ja auch eine Form von »unlearning privileges«, die Kontexte der internationalen Zuhörerinnen soweit ernst zu nehmen, dass Du Dir überlegst, welche Effekte produzierst du mit Universalisierungen, mit bestimmten Darstellungen, und Dich entsprechend selber auch befragst.

In den Anfängen der Frauenforschung war es ja üblich, den eigenen Kontext als Einflussgröße auf die wissenschaftliche Arbeit mit offenzulegen, z.B. "ich bin gelernte Schlosserin und mein Interesse in der wissenschaftlichen Arbeit hat mit diesen oder jenen Fragen zu tun".

Corinna: Was ich hier auf der ifu, aber auch in der Wissenschaft generell, vermisse, ist, dass das Thema, an dem man arbeitet, als Problematik entfaltet wird. Damit die anderen die Möglichkeit

haben zu verstehen, warum ich an diesem Problem arbeite, warum ich das als wissenschaftspolitisches Problem begreife und warum ich meine, mit bestimmten Theorien bestimmte Fragen beantworten zu können. Dann kann man darüber nämlich diskutieren. Ich kann durchaus politisch und theoretisch begründen, warum ich in meiner Forschungslaufbahn zu dem Problem »Transgender« und der Konstruktion von Zweigeschlechtlichkeit gekommen bin, welches Anliegen ich damit verbinde, warum ich meine, dass bestimmte feministische Theorien nicht ausreichen, und andere Theorien vielleicht Antworten geben können. Ich empfand als Lernerfolg für mich, Forschung mehr problemorientiert zu betreiben oder auch entsprechende Darstellungsformen zu finden. Das vermisse ich hier, aber das vermisse ich auch am *Otto-Suhr-Institut* in Berlin.

Christine: Das betrifft ja auch den Begriff des Feminismus selbst, an dem immer wieder starke Kritik laut wird, dass da auch ein Universalismus vorliegt, der ausschließend ist. Beispielsweise wenn Feminismus die Ziele aller Frauen oder Emanzipation definiert und dabei tatsächlich für westliche Mittelklasse-Frauen spricht. In der deutschen feministischen Hochschullandschaft vermisse ich komplett, dass das thematisiert wird. Im Seminar der ifu ist sowas immerhin anzusprechen

Ging es darum, den Begriff Feminismus zu ersetzen, oder ging es darum, ihn anders auszufüllen?

Christine: Ich will keiner unterstellen, dass sie den Begriff Feminismus verwerfen will, aber er ist hochkontrovers.

Corinna: Zumindest ein Ergebnis ist – aber das habe ich auch vor der ifu schon gewußt – dass man den Begriff Feminismus auf jeden Fall pluralisieren muss. Also nicht Feminismus, sondern Feminismen. Ich benutze ihn auch gerne im Adjektiv, weil er dann eine ganz andere Bedeutung kriegt und viel stärker kontextuell gefüllt werden kann.

Christine: Ich denke, es ist kein Zufall, dass es hier möglich ist, das zu thematisieren. Das hat sicher was mit dem theoretischen Standard und der Expertise der internationalen Teilnehmerinnen und auch der starken Kritik an bestimmten eurozentristischen Kategorien zu tun.

Gab es Kontakte mit der »Interkulturellen Sommeruni« in Hannover, die ja aus der Kritik an der ifu heraus entstanden ist?

Corinna: Es gibt ein regelmäßiges Treffen von interessierten Teilnehmerinnen der ifu und Teilnehmerinnen oder Organisatorinnen der *Sommeruni*. Es gab einige auch in meinem Tutorium, die ein starkes Interesse hatten, zu wissen, was der Konflikt ist, und andere, die sich nicht besonders dafür interessierten.

Christine: Es war vor allen Dingen ein Problem für die Teilnehmerinnen aus Deutschland. Viele Frauen aus anderen Ländern wußten gar nichts von dem Konflikt. Es gab zwei Treffen, die sich vornehmlich damit auseinandergesetzt haben, was nun genau kritisiert wird. Die Organisatorinnen der *Sommeruni* hatten – was schon schade war – enorme sprachliche Probleme und die Zeit ging meistens drauf für Übersetzungen. Es kam nicht großartig dazu, dass man sich verständigt hat. Es gibt aber eine Zusammenarbeit im Hinblick auf die Anti-IWFund -Weltbank-Demonstration in Prag.

Corinna: Ich würde gerne zwei Punkte von den Vorwürfen der *Sommeruni* aufgreifen. Ich glaube, es muss eine Form von Quotierung und Ausschluss geben, z.B damit nicht zu viele Teilnehmerinnen aus dem Land kommen, in dem die Uni stattfindet. Aber die Kriterien müssen offenliegen. Das andere ist, dass ich die Vorwürfe bezüglich der Sprache zum Teil albern fand. Für mich ist klar, dass man sich auf eine Sprache einigen muss, wenn es ein internationales Treffen gibt. Ich weiß, dass es aus spanischsprachigen Ländern sehr viel Kritik gegeben hat, dass die Sprache Englisch war und ich weiß aus vielen afrikanischen Ländern, dass sie gerne französisch gehabt hätten. Darüber muß man sprechen, aber es muss eine der drei Sprachen sein. Was anderes fällt mir nicht ein, wenn man Frauen aus so vielen unterschiedlichen Ländern in eine längerfristige Diskussion einbinden will. Übersetzungen kann man für eine Tagung organisieren, aber nicht für drei Monate. Das geht einfach nicht.

Daneben gab es noch Kritik an den fehlenden Mitbestimmungsmöglichkeit, an der Rekrutierung der Studentinnen und schließlich an der Intransparenz.

Corinna: Die Intransparenz von Macht- und Entscheidungsstrukturen ist eines der großen Probleme. Man hat sich offensichtlich keine Gedanken darüber gemacht, ob und wie die verschiedenen Gruppen – Teilnehmerinnen, Tutorinnen, Lecturers, Koordinatorinnen, Dekaninnen, die internationalen Gremien u.s.w – während der ifu oder auch schon während der Vorbereitung eingebunden werden können. Auch nicht darüber, wie und welche Entscheidungsprozesse demokratisiert werden können. Ich weiß nicht, ob das tatsächlich möglich

ist, aber man kann auch keinerlei Bemühungen darum erkennen. Ein Problem zum Beispiel ist, dass dem *Deutschen Akademischen Auslandsdienst* (DAAD) offensichtlich die Rekrutierung der Teilnehmerinnen überlassen wurde, die dieser dann über *Goethe-Institute* abgewickelt hat und damit nur eine bestimmte Gruppe von Frauen angesprochen wurde. Man hätte m.E. die internationalen feministischen Netzwerke viel stärker einbinden sollen. Ein Ausschlusskriterien im Sinne von Qualifikation kann sinnvoll sein, aber nur, wenn »Qualifikation« nicht nur an den Hochschulabschluss gebunden ist, sondern auch an NGO-Arbeit oder ähnliches. Ich finde es zwar legitim, auf einem relativ hohen Niveau ein Treffen veranstalten zu wollen, aber »hohes Niveau« kann auch ein hohes politisches Niveau sein. Ich war auf zu vielen internationalen Treffen, wo vermeintlich alle hinkommen konnten und darüber andere Ausschlussmechanismen in Gang gesetzt wurden, die genauso intransparent waren. Aber ich finde natürlich, dass man autonom organisierten Treffen auf einer anderen Ebene kritisieren muss als ein Projekt, das soviel Gelder kriegt und so viel Medienaufmerksamkeit bekommt.

Als diese Struktur vorbereitet wurde, hat Ayla Neusel sehr deutlich gemacht, dass Basisdemokratie nicht gewünscht wird und demokratische Mitbestimmungsmöglichkeiten so gering wie möglich gehalten werden sollen. In einem Aufsatz über die ifu hat sie formuliert, dass das Management möglichst geräuschlos funktionieren soll. Geräuschmachende Konflikte brechen nun aber in den Veranstaltungen selbst auf.

Corinna: Ja, oder auch zwischen den Tutorinnen und der Dekanin oder den Dekaninnen untereinander. Es gibt Konflikte an allen Ecken und Enden. Ich will die Dekaninnen nicht in Schutz nehmen, aber ich glaube nicht, dass sie so glücklich mit der Organisation sind. Für mich als Vertreterin der Gruppe der Tutorinnen gibt es ständig Konflikte um Entscheidungen. Wir haben oft das Problem, dass wir zwar gemeinsame Entscheidungen treffen, aber zwei Tage später werden unsere Entscheidungen rückgängig gemacht. Ich mag meine Arbeit hier, aber es ist auch eine blöde Situation, weil wir zwar auf der einen Seite ständig von oben gesagt bekommen, Ihr seid das Rückrat der Programms, aber gleichzeitig werden wir überhaupt nicht ernstgenommen oder einfach übersehen. Es ist ein ständiger Kampf. Strukturell sind keinerlei Mitbestimmungsmodelle angelegt, es gab keine Überlegungen dazu. Es gibt keine Gremien dafür, also ist auch keine Zeit dafür eingeplant. Was wir an inhaltlicher Aufarbeitung und eigener Entscheidungsfindung oder Einbringen in das Programm leisten, ist für die Tutorinnen unbezahlte Arbeit.

Es deckt sich aber mit der gegenwärtigen Hochschulentwicklung, dass Entscheidungsstrukturen entdemokratisiert werden, Bildung privatisiert wird (Studiengebühren) und dass sich die Hochschulen einen Teil der Studierenden nun nach den Kriterien »Motivation« und »Eignung« aussuchen können, was die Tür öffnet für Willkür und Diskriminierung nicht-konformer StudentInnen – sei es nun aufgrund des Geschlechts, der Hautfarbe oder auch einer kritische Einstellung. Damit wird bei der ifu strukturell genau das betrieben, was unter dem Schlagwort »Neoliberalisierung der Hochschulen« zu beobachten ist.

Christine: Ich kann das nicht vollständig teilen. Es hört sich immer an, als hätte die ifu zentrale Bedeutung in Deutschland. Da wird das Kind mit dem Bade ausgeschüttet. Es gibt in Deutschland schon genügend Privatunis, die das sowieso betreiben, von daher würde ich die Vorreiterinnenrolle der ifu hinterfragen und auch den Begriff der »Willkür« finde ich problematisch. Es gibt genügend Untersuchungen darüber, wie an »normalen« Unis selektiert wird, ohne dass es Auswahlgespräche gibt. Das belegen auch Verbleibestudien über StudienabbrecherInnen oder solche darüber, wer überhaupt zur Uni geht. Das war auch meine Kritik an den *Sommeruni*-Frauen – ich habe den Eindruck, die ifu wird unheimlich überschätzt. Ich frage mich, wieso gerade bei einer Frauenuni so harsche Kritik kommt, wenn es jetzt schon einmal eine gibt? Warum wird die Kritik nicht an den ganz normalen Unis geübt?

Corinna: In punkto neoliberale Umgestaltung von Bildungssystemen hat die ifu wahrscheinlich eine zu vernachlässigende Rolle. Ich glaube aber, dass es zunehmende Verteilungskämpfe um Frauenforschungsgelder gibt. Ayla Neusel hat nun die Idee, einen einjährigen Masterstudiengang einzurichten. Es kann natürlich sein, dass sie jetzt nach dem Medienecho der ifu einfacher Gelder einwerben kann, die dann natürlich woanders eingespart werden. Aber ich finde, das muss auch auf dieser Ebene verhandelt werden und dann muss auch gesehen werden, dass sich Frauenforschungsprojekte die ganze Zeit schon in Konkurrenzkampf untereinander befinden. Das ist die »Gefahr« der ifu, dass sie durch ihren Medienkampagne Zugänge zu Geldern gesichert hat, die dann woanders abgezogen werden.

Christine: Ich hätte mir im Austausch mit den *Sommeruni*-Frauen eine politische Diskussion darüber gewünscht. Zum Beispiel fand ich es erstaunlich, dass in der Diskussion die Geschichte deutscher Frauenforschung nicht berücksichtigt wurde. Wenn man bestimmte Modalitäten der ifu kritisiert, dann muß man eben auch sehen, wie sich Frauenforschung, oder ein bestimmter

Teil davon, durch die Institutionalisierung entwickelt hat. Man muß auch darüber reden, was für einen Stellenwert man selber feministischer Theorie einräumt, oder wie das Verhältnis ist zu politischem Aktivismus. Vielleicht kommt man dann auch nicht darum herum zu definieren: was sind feministische oder emanzipatorische Ziele und was eher nicht? Völlig losgelöst an der ifu Kritik zu üben greift jedenfalls ein bißchen kurz.

Auch der BdWi hat Kritik an der ifu geäußert, aber durchaus im hochschulpolitischen Kontext und gerade nicht losgelöst. Ich finde, dass man eine Frauenuniversität genauso der Kritik unterziehen kann und muss wie andere Hochschulmodelle auch. Man kann doch nicht sagen, das ist eine Frauenuniversität und wir machen da feministische Wissenschaftskritik und die Struktur nehmen wir mal so hin.

Christine: Nein, das war auch nicht mein Argument. Erstens mal sehe ich nicht, dass wir Wissenschaftskritik machen ...

Ihr macht keine Wissenschaftskritik?

Christine: Naja, jedenfalls habe ich das nicht so stark wahrgenommen. Das ist auch eher etwas, was ich fordern würde. Und ob wir die Strukturen so hinnehmen, ist noch eine andere Frage. Aber in welchen Arbeitszusammenhängen kann man welche Wissenschaftskritik betreiben? Und Demokratie – das haben feministische Analysen ja zur Genüge gezeigt – ist auch ein Konzept, das seine Grenzen hat. Wenn man jetzt hier auf Demokratisierung setzt, müßte man auch gucken, wie weit das trägt.

Corinna, findest Du auch, dass Ihr keine Wissenschaftskritik leistet?

Corinna: Nicht strukturiert, nein. Ich finde zum Beispiel auch kritikwürdig, dass zwei Drittel der lecturers Anthropologinnen sind. Ich will nicht sagen, Anthropologie ist immer das Gleiche, aber seit der ifu habe ich genug von Anthropologie. Dieses disziplinäre Übergewicht wurde nirgends kritisch diskutiert. Wir reden insgesamt nicht auf der wissenschaftskritischen Ebene.

Christine: Ja, das wäre für mich eigentlich die wichtigste Kritik. Im Bereich *Migration* herrschen die Sozialwissenschaften ganz stark vor, und zwar die sehr empirisch ausgerichtete Richtung. Ich habe da schon Schwierigkeiten, mit meiner der Frankfurter Tradition nahestehenden – politologischen und philosophischen Ausbildung – das finde ich ein bißchen prekär. Die Frauenuni war schließlich interdisziplinär angekündigt und das wird nicht eingelöst. Für mich

war gerade interessant an der ifu, dass die 6 Themenbereiche politischen, zeitgenössischen Fragestellungen weltweit entspringen und ich hatte mehr Diskussionen um disziplinenübergreifende feministische Ansätze erwartet. Man bleibt doch sehr stark innerhalb bestimmter disziplinärer Grenzen.

Wie sollte sich die ifu weiterentwickeln?

Corinna: Ich weiß gar nicht, ob ich will, dass sich die ifu weiterentwickelt. Ich finde sie großartig, ich habe aber sehr viel Kritik. Ich bin glücklich, dass ich hier bin und die Erfahrungen machen kann, aber die ifu ist sehr zeit- und kostenintensiv für die Teilnehmerinnen im Verhältnis zu dem, was letztendlich rauskommt. Eine regelmäßige Wiederholung fände ich untragbar. Ich könnte mir aber vorstellen, dass man in kleineren Settings spezifisch zugeschnittene Fragen international verhandelt. Mit physisch-körperlicher Anwesenheit, und nicht nur virtuell. Im Falle irgendeiner Fortsetzung muss man sich jedenfalls über die Entscheidungsstrukturen Gedanken machen, über Demokratisierung, über Arbeitsbedingungen, Zugangsbedingungen, Kriterien etc., aber auch über inhaltliche Zuschnitte und ein Konzept, dass Eigeninitiative vorsieht.

Was sollte Eures Erachtens am Ende der ifu in der Öffentlichkeit ankommen?

Christine: Für mich ist die Frage, wie kann man die Ambivalenzen der ifu aufzeigen? Es gibt hier so viele Macht- und Konfliktlinien und auch viel Widerstand, von einzelnen Frauen, gebündelt, in unterschiedlichen Formen. Die Erwartungen der Organisatorinnen auf höchster Ebene waren sicher teilweise anders als das, was sich hier tatsächlich ereignete. Natürlich wissen Corinna und ich davon, aber für mich bleibt schon die Frage, wie multipliziert man dieses Wissen? Ich weiß nicht, wie die Präsentation am Ende aussehen wird, aber vielleicht ist die Formulierung eines gemeinsamen Papiers möglich.

Corinna: Es müsste deutlich werden und an die Öffentlichkeit kommen, dass die ifu sehr wohl auch vieles geleistet hat, z.B. postkoloniale Kritik, die Auseinandersetzungen unter den Frauen auf einem sehr hohen Niveau. Auch die Selbstorganisation, mit der dem Demokratiedefizit entgegengearbeitet wurde, finde ich bemerkenswert, wobei letzteres genau die Selbstorganisation stark in Grenzen gehalten hat. Wenn wir es schaffen, die Selbstpräsentation der ifu subversiv zu unterlaufen und sie trotzdem nicht zu trashen – dann wäre ich richtig glücklich. Wenn wir deutlich machen könnten, dass natürlich gearbeitet worden ist, aber anders, als es »von oben« geplant war. Das ist das politisch, feministisch, emanzipatorisch Spannende an der ifu.

Wir danken Euch für die interessante Diskussion.